

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Einzelnummer 25 Pfg. Durch den Postträger 1,00 Mk. für die Woche, 5,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 0,10 Mk. für den Monat. Verlagsbüro Nr. 23 585, Sozialistischer Verlag o. G. m. b. H., Dresden. Fernsprechnummer: 1119 (12. 1921)

Dienstag, den 30. August 1921

Verlagspreis: Die Schlesische Arbeiter-Zeitung über deren Raum 0,40 Mk. außerhalb 0,50 Mk. Stellen- und Wohnungsangelegenheiten, Familiennachrichten, Bereinigungs- und Befehlungsangelegenheiten 0,40 Mk. Anzeigen: Die Arbeiter-Zeitung über deren Raum im Satz 2.- Mk.

Die Konterrevolution gibt das Signal!

Erzberger, der Mann des „Ausgleichs“, ermordet.

(S. N.) Freudenstadt (Schwarzaltd) 26. August.

Heute vormittag wurde der Reichsfinanzminister a. D. Erzberger, auf einem Spaziergange in der Nähe von Griesbach in Baden erschossen. Zwei Burshen traten ihm plötzlich in den Weg und gaben ihm zwölf Kugeln in den Kopf. Erzberger ist tot. Die Täter sind bisher unbekannt. Der Abgeordnete Dietz-Radoffzoll, der Erzberger begleitete, wurde verwundet, lebt aber noch.

(W. B.) Offenburg i. B., 26. August.

Der Reichstagsabgeordnete Erzberger, der sich seit einigen Tagen mit seiner Familie in Bad Griesbach aufhielt, von wo aus er täglich Spaziergänge zu machen pflegte, ist heute mittag auf dem badischen Grenzgebiet bei Griesbach ermordet aufgefunden worden. Der Leichnam weist zwölf Wundstellen auf. Das amtliche Telegraphenbureau weiß nichts von Tätern zu berichten. Das ist ein Wink an die Behörden, die Mörder aus ihrem Geschäftskreis zu verliern.

Endlich haben die Hakenkreuzler, aufgebeutelt von den Rechtsparteien, Erzberger zur Strecke gebracht. Erzberger war der monarchistischen Reaktion bis aufs Blut verhaft. Erzberger sah im Kriege bald ein, daß das Kapital gegenüber der Liebermacht des Kapitals der Entente und Amerikas zur Niederlage verurteilt sei. Deswegen trat er, der solange an den Sieg des deutschen Kapitals glaubte, sich für eine Neutralitätspolitik ein, gegen den U-Bootkrieg auf, er suchte einen „Verständigungsfrieden“. Das machte ihn den kriegslüsternen Monarchisten verhaßt.

Nach dem politischen Zusammenbruch 1918 trat Erzberger für die bürgerlich-demokratische Republik ein, als der für die Bourgeoisie günstigen Liquidation der proletarischen Revolution. Er wußte, daß die Bourgeoisie dem Proletariat gewisse Zugeständnisse machen müsse, um die Entfaltung der revolutionären Kräfte der Arbeiterklasse zu verhindern. Deswegen haßte ihn die Rechte, die den Arbeitern keinerlei Zugeständnisse machen wollte. Das Produkt dieser Einsicht war sein Steuerprogramm. Ihn, der zu den Reihern der Bourgeoisie vor der proletarischen Revolution gehörte, verfolgte die Reaktion mit einer wilden Hetze.

In ihm suchte die Rechte den Führer des Zeiles der Bourgeoisie zu beseitigen, der um der Erhaltung des Kapitals willen, zu gewissen politischen und wirtschaftlichen Zugeständnissen an das Proletariat und an das ausländische Kapital bereit war. Vor dem Kapp-Zugriff suchte sie ihn durch ein Attentat zu beseitigen. Die Ermordung mißlang, die Attentäter gingen so gut wie straflos aus. Helfferich gelang es, Erzberger moralisch zur Strecke zu bringen. Er verschwand für eine Zeit vom politischen Schauplatz.

Mit der Annahme des Ultimatum, mit der Regierung Wirth-Bauer wurde die Politik Erzbergers wieder zur Politik des Reiches. Wirth ist der Exhorte des politischen Willens Erzbergers. Die Wirth-Regierung, trotz allen demokratischen Phrasen die Zerknirschterin der Konterrevolution, ist dieser verhaft, weil sie demnach Zugeständnisse von der Konterrevolution verlangen muß. Erzberger leitete die Außenpolitik ein, die Wirth fortsetzt. Erzberger war der Vater des Wirthschen Steuerprogramms. Die Reaktion will keinerlei politische oder wirtschaftliche Zugeständnisse mehr. Sie will restlos alle Lasten dem Proletariat aufwälzen. Sie will keinen „Ausgleich“, sie will die Aufrichtung ihrer eigenen schrankenlosen Herrschaft. So mußte der Mann des „Ausgleichs“ fallen, als Vorbote des Sturzes der Regierung des „Ausgleichs“.

Die Konterrevolution befreit jetzt die Klusion des Ausgleichs der Gegenseite zwischen Kapital und Proletariat. In Erzberger liegt die Verkörperung dieser Klusion der Wahrheit des deutschen Proletariats, von der Konterrevolution zur Strecke gebracht, auf der Bahre.

Die Regierung Wirth, der sozialdemokratischen Arbeitern, gilt die Mordtat unmittelbar. Die Sozialdemokraten haben Erzberger als ihren Mann an. Wir haben in Erzberger nie einen Vertreter der Interessen der Arbeiterklasse, aber mit der Ermordung Erzbergers gibt die Konterrevolution das Signal zum Loszureißen der Fäden der Reaktion auf das Proletariat über die Köpfe der Koalitionregierung hinweg.

Mögen die Männer der Regierung, mögen jeige Memmen schreckenshaft dastehen, die Arbeiterklasse steht bereit zur Antwort.

Die Justiz der Republik wird die Mörder Erzbergers vor Strafe zu stellen haben, wie sie alle konterrevolutionären Mörder, alle reaktionären Feinde der Republik gesüßt hat. Die Regierung muß der Konterrevolution mit

einem Schläge antworten. Der Ausnahmezustand muß sofort aufgehoben werden, die reaktionären Formationen müssen endlich wirklich aufgelöst und entwirrt werden. Das können aber einzig und allein die Arbeiter durchführen.

Selbst die „Sozialdemokratische Korrespondenz“ weist in einem Artikel auf die kommende blutige Auseinandersetzung hin. Sie hört das Signal der Konterrevolution. Trotz aller Schwächen, auf die wir im Augenblick nicht eingehen, spricht aus dem Artikel die Erkenntnis, daß die sozialdemokratischen Arbeiter danach drängen, die Laten der Gegenrevolution durch die Tat zu beantworten.

Unter dem Titel „Eine neue Revolution in Sicht“, schreibt sie:

Bitte, keine Täuschung! Das Maß ist voll! Nun muß jeder deutsche Arbeiter ganz deutlich, ganz klar, ganz fürchterlich klar, daß die Hakenkreuzler der Banditen des Weltkrieges, der größten Schurken der deutschen Geschichte, systematisch, planmäßig die Führer der Linksparteien, die Führer, die ein neues Deutschland schaffen wollten, ermorden. Mit Recht muß man es an. Heute stehen wir vor der Letzte Erzbergers. Wer wird das nächste Opfer sein? Keine Täuschung! Die Folgen der Ermordung Erzbergers werden katastrophal sein für Deutschland. Der Arbeiterkampf bemächtigt sich ein toller, aber dauerhafter Haß gegen die Heber in den Rechtsparteien, die den Mord auf dem Gewissen haben. Das ist der Faust für die Arbeiter, der die Hakenkreuzler und Sozialdemokraten genauen Revolver, die im November 1918, als die Kanaille der Rechtsparteien sich verlor, die Schulden nicht an die Mauer stellen, wie sie es verdienen. Die Rechten der großen Herren auf der Rechten im November 1918 ist notorisch. Sie winkelten und beten, man möge sie nicht verfolgen. Es dauerte nur ganz kurze Zeit, da kam Lubenhardt, der deutsche Mac Mahon, wieder nach Deutschland zurück, weil er wußte, es wird ihm nichts geschehen. Warum schloß sich die Kanaille sicher, da hegte sie ihre fanatischen Anhänger auf die Führer der Linken. Mordtat auf Mordtat folgte und noch immer haben die Hakenkreuzler, die aus dem „Stahlbad des Weltkrieges“ heil davon gekommen sind, nicht genug Blut gelassen. Der Mord an dem unschuldigen Abgeordneten Erzberger in München ist noch ungesühnt. Garci's Grab ist nach frisch, da durchbohrt die Kanaille der Konterrevolution den vielachstigen Erzberger, Helfferich und seine Freunde werden jetzt schmerzhaft mit großer Entschlossenheit offiziell ihren Abscheu über die Mordtat bekunden. Die Rechtsfässer werden lauter: wir wollen die Ermordung Erzbergers nicht, wir wollen nur die politische Restlosigkeit dieses Mannes. Wenn die Leiter der Konterrevolution, die die Kanaille der Hakenkreuzler, Erzberger, Helfferich und seine Freunde werden jetzt schmerzhaft mit großer Entschlossenheit offiziell ihren Abscheu über die Mordtat bekunden. Die Rechtsfässer werden lauter: wir wollen die Ermordung Erzbergers nicht, wir wollen nur die politische Restlosigkeit dieses Mannes. Wenn die Leiter der Konterrevolution, die die Kanaille der Hakenkreuzler, Erzberger, Helfferich und seine Freunde werden jetzt schmerzhaft mit großer Entschlossenheit offiziell ihren Abscheu über die Mordtat bekunden.

Deutschland ist blutbesudelt. Das ganze Ausland ist entsetzt über die Zeitfolge, daß die Gegenrevolution in Deutschland seit Jahr und Tag unachttbar worden darf. Unachttbar! Keiner der Helfer der Hakenkreuzler der Rechtsparteien hat die Strafe gefunden, die ihm gebührt. Mit dieser Schwachheit aneinanderwärt werden. Die achtete Arbeiterklasse steht, herr vor Schuld, vor dem neuen Blut der Gegenrevolutionäre. Die sozialdemokratischen Arbeiter, hielten treuen Säulen, die seit Jahr und Tag trotz aller Verlockungen und Beschönigungen ihren Führern die Treue gehalten haben, warten mit Spannung darauf, was nun geschehen soll.

Die sozialdemokratischen Arbeiter erwarten, daß endlich von ihren Führern unbarmherzig durchgegriffen wird.

Die Reaktion in München spricht davon, es hebe eine politische Umwälzung bevor. Da in Bayern die Linke fürchterlich schwach ist, verzieht jeder Mensch, wo das Gerüde hinaus will.

Wir sind auf dem Wege zu einer schweren, blutigen Auseinandersetzung.

Die kommunistischen Arbeiter stehen bereit der drohenden Reaktion durch ihre Entlohnung ein Ende zu machen. Sind die sozialdemokratischen Arbeiter ebenfalls dazu bereit, dann ist der Sieg sicher. Wenn die sozialdemokratischen Arbeiter keiner Partei in einem Willen mit uns den Kampf aufnehmen, dann ist die Entlohnung der Reaktion besiegt. Stößen die christlichen Arbeiter zu dem gewaltigen Heerband der Arbeiter dieser drei Parteien, dann wird der Sieg noch beschleunigt.

Die Mörder und alle Mithilfsdigen am Mord müssen sofort ihrer Strafe zugeführt werden!

Sofort weg mit dem Ausnahmezustand in Mitteldeutschland, Bayern und Ostpreußen!

Sofortige Auflösung und Entlohnung aller konterrevolutionären Formationen!

Alarm!

Frontkämpferparaden, „Stahlhelm“-Demonstrationen, Kriegsrüstungen der Orgech, Manöver der schlesischen Kavalleriedivision unter dem Kommando des Generals von Seekt in Döberitz, Zusammenziehung der bayerischen Reichswehr in München, demonstrative Reden der Kapp-Generäle, die Ermordung Erzbergers — die Reaktion wittert Morgenluft. Es ist eine Situation, die an jene Zeit gemahnt, die dem Staatsstreich Louis Napoleons dicht vorausging.

Vor allem die ober-schlesische Frage bietet den Anlaß, die nationalpolitischen Instinkte der arbeitlosen entlassenen Offiziere, der unreisen Studenten und Gymnasiasten, aufzuwecken. Es ist keine Frage mehr, die rechte Bourgeoisie rüstet sich zum Kampf. Ihre Führer gedenken, eine Entscheidung über Oberschlesien, die für das deutsche Kapital ungünstig ist, auszunutzen, um einen nationalpolitischen Sturm zu erregen, der die jetzige Regierung, die lange genug als Kulisse für geheim reaktionäre Rüstungen gedient hat, hinwegfegt. Herr Helfferich mobilisiert seine Heerführer, um den Reichsfinanzminister Wirth, der nur der Platzhalter des ermordeten Erzberger war, zu stürzen und eine Hakenkreuzregierung aus Ruder zu bringen. Hinter Helfferich steht das gesamte Großkapital, das die teilweise Konfiskation befürchtet, hinter dem Großkapital steht zu tobendem Vortrieb aufgebracht, das brutale Korps der entlassenen und noch im Dienst stehenden Offiziere samt der Reichswehr, Schupo und Studenten.

Die Orgech macht mobil! In einer Zeit der Krise will sie gewappnet dastehen. Uns liegt ein Dokument der Dresdener Orgech an ihre sächsischen Vertrauensmänner vor, das von dem Oberleutnant Werner Schlichtinger (Dresden, Leibnizstr. 311) unterzeichnet ist. Dieses Dokument ist ein Rundschreiben, das sich an vaterländisch Gesinnten wendet und die Ereignisse in Oberschlesien zum Vorwand nimmt, um den Aufmarsch der reaktionären Kräfte zu organisieren. Das Rundschreiben rechnet mit dem Eingreifen der Reichswehr, mit einem „waffen freien mit Wafen, mit dem Eingreifen der Kräfte in Ostpreußen und französischer ins rheinisch-westfälische Industriegebiet. „Die weiteren Folgen sind nicht abzusehen.“

Alle vaterländisch Gesinnten werden aufgefordert, sich zum Dienst mit der Waffe bereitzuerklären, „und sich so bereitzuhalten, daß sie sofort, spätestens aber innerhalb dreier Tage nach Abruf (also nach Beginn der Feindseligkeiten) abfahren können.“

Für die Ausrüstung mit Wafen und Munition, Verpflegung, Unterkunft, Befolung, ärztliche Behandlung usw. sorgt die Organisation. Sie kann aber nur dann einwandfrei arbeiten, wenn sie über die Stärke der freiwilligen Formationen rechtzeitig unterrichtet ist und unjer Aufmarsch geregelt vor sich geht.

Weiter heißt es in dem Rundschreiben:

„Sie können sich darauf verlassen, daß die Reichsregierung das Vorgehen unferer Organisation billigt. Alle Regierungsmaßnahmen, die scheinbar gegen uns sind, müssen daraufhin geprüft werden, ob sie nicht durch Zwang der Entente gegen uns veranlaßt sind, wobei dann damit zu rechnen ist, daß sie auf diese oder jene Weise unschädlich bleibe.“

Es kann keine Frage sein, daß die außenpolitischen Verbindungen, durch das Eingreifen der noch immer bestehenden mit Wafen, trotz der Entlohnung noch überaus gut versehenen Orgech- und Reichswehrregimenter hervorgerufen, für die deutsche Arbeiterklasse die schwerwiegendsten Folgen haben würden. Krieg in und um Oberschlesien ist das Signal zum Einmarsch der Franzosen ins westfälische Industriegebiet, das Signal zur Auflösung des wichtigsten deutschen Rohstoffgebietes und bedeutet zugleich im Innern Horthregiment, Niedermegehung der waffenlosen Arbeiterklasse und Ausplünderung der wertvollen Klassen in einem Ausmaß, das in der Geschichte des Kapitalismus, selbst der des Frühkapitalismus, kein Beispiel hat.

Nachgerade muß jedem Manne, jeder Frau aus dem arbeitenden Volke klar sein, wie kritisch die nächsten Wochen für das deutsche Proletariat sein werden. Wollen die SPD- und USV-Arbeiter noch länger auf diese demokratische „Regierung“ bauen? Wollen sie noch länger auf Wirths, Gradnauers und Geklers Laten warten? Auch diese Regierung unterstützt moralisch und heimlich durch materielle Leistungen das Vorhaben der rechten Bourgeoisie, daß sie nicht durchschaut. Sie gräbt sich selbst ih.

Die Arbeiter sind auf sich selbst gestellt. An der Wehrhaftigkeit der städtischen Arbeiterquartiere, an diesen Festungen des Proletariats, wird die Attade der Kaisertruppen scheitern, aber nur dann, wenn die Massen selbst die Vorbereitungen zur Verteidigung in die Hand nehmen. Die Arbeiterschaft muß sich schlagfertig machen zur Abwehr.

Der große geschichtliche Augenblick der bewaffneten Auseinandersetzung mit den zum Neukerkern entschlossenen Bataillonen der Konterrevolution, der vielleicht jetzt näher ist, als viele annehmen, darf keinen Teil des Proletariats ungerührt finden. In diesen kritischen Tagen muß die gesamte Arbeiterschaft in höchster Alarmbereitschaft bestehen, damit, wenn Sturm geklärt wird, die proletarischen Waffenbataillone, schnell formiert, zum Kampfe angeführt werden können, um die Rechnung aus den Kriegsjahren zu begleichen, um die Fehler der Novembertage wieder gutzumachen.

Politische Uebersicht.

Wie Lettow-Vorbed aus Zeitz hinauskomplimentiert wurde.

Von den Vorfällen, die sich anlässlich eines geplanten Vortrages des Generals von Lettow-Vorbed in Zeitz ereignet haben, wird von der dortigen Ortspolizeibehörde die folgende Darstellung gegeben: Die Ortsgruppe Zeitz der Deutschnationalen Volkspartei hatte den General von Lettow-Vorbed zu einem Vortrag in einer öffentlichen Versammlung eingeladen. Die Organisation „Stahlhelm“ wollte anlässlich seiner Anwesenheit einen Fackelzug veranstalten. Der Bürgermeister sah sich genötigt, diesen Fackelzug zu verbieten, weil er in der vier Kilometer entfernten Stadt, in der die Unabhängigen Sozialdemokratische Partei sehr stark vertreten ist, mit Bestimmtheit Zusammenstöße und kritische Verwicklungen aus kommunistischen Gegendemonstrationen erwartete. Als der Fackelzug verboten war, beschloß die Deutsch-nationale Volkspartei, dafür den General nach dem Vortrage mit Kampagnen im geschlossenen Zuge nach Hause zu begleiten. Daraufhin kündigten die beiden Sozialdemokratischen und die kommunistische Partei gemeinsam am Tage der Versammlung in dem mittags erscheinenden „Volkboten“ eine Gegendemonstration an, die eine Stunde früher, nämlich um 7 Uhr vor dem Versammlungsort stattfinden sollte. Auf beiden Seiten herrschte eine fieberhaft erregte Stimmung und beide Parteien erhielten vom Land sehr starken Zuspruch: die Arbeiter aus den umliegenden Kohlengruben und die Deutschnationalen aus der Landwirtschaft. Angesichts dieser sich kritisch zuspitzenden Situation entschloß sich der Bürgermeister, nunmehr beide Veranstaltungen, die deutschnationalen Versammlung und die Gegendemonstration der Arbeiter, zu verbieten. Nach der Ansicht der Ortspolizeibehörde ist nur durch dieses Mittel Blutvergießen verhindert worden.

Das Versammlungsverbot konnte indes erst am Nachmittage erfolgen, weil, wie mitgeteilt, die Anzeige von der Gegendemonstration der Arbeiter erst mittags erschienen war. Infolgedessen hatte sich, da das Verbot noch nicht allgemein bekannt geworden war, bereits eine nach mehreren Tausenden zählende Menge von Arbeitern auf dem Plage eingefunden. Mit Genehmigung des Bürgermeisters hielt der Vorsitzende der D.N. eine kurze Ansprache, in der er das Versammlungsverbot mitteilte und die Menge aufforderte, ruhig nach Hause zu gehen. Da jedoch Schreie von dem Bahnhof her zu hören waren, wurde auf dem Bahnhof erwartet, wo glaubte die Menge, daß die Deutschnationalen trotz des Verbots ihre Versammlung abhalten würden und ging nur ganz langsam und mühsam abwärts.

Als noch sehr viel Menschen auf dem Platz waren erblickte man den General von Lettow-Vorbed, der in Begleitung des Vorsitzenden der Deutschnationalen Organisation vom Bahnhof kam. Die sehr erregte Menge drängte nunmehr die beiden Seiten durch die benachbarten Straßen zum Bahnhof zurück. Die sofort entgegengesetzte Schutzpolizei schritt ein, konnte aber nur die beiden Herren vor Beschädigungen schützen, vermochte jedoch, da sie zahlenmäßig zu schwach war gegen die mehrtausendköpfige Menge, nicht handhaben und wurde mit zum Bahnhof abgedrängt. Hier fuhr Herr von Lettow-Vorbed in einem gerade haltenden Zug und fuhr davon.

Der ehemalige Kriegsminister von Stein von den Arbeitern verjagt.

Brandenburg a. d. Spree, 26. August.
Die vom Verbandsnationalen Soldaten für Donnerstag abend angelegte Zammernbergfeier, bei der u. a. der ehemalige Kriegsminister von Stein sprechen sollte, wurde von der Sozialdemokratie vereitelt. Die sozialdemokratische Partei veranstaltete vor Beginn der Feier eine große Gegendemonstration und besetzte mit ihren Anhängern das Lokal, so daß die Feier nicht stattfinden konnte, sie wurde im letzten Augenblick abgeblasen.

Kriegsminister A. v. Stein, der bereits in Brandenburg erschienen war, reiste wieder ab. Der zweite Redner erbot sich eine Gedächtnisrede für die Gefallenen vor ihnen zu halten. Davon wollten die Demonstranten nichts wissen.
Das Vorgehen der sozialdemokratischen Partei verriet hier die nationalgefeimte Bürgerlichkeit in große Erregung. Brandenburgs Stadtverwaltung behielt zum größten Teil aus Sozialdemokraten. Der erste und zweite Bürgermeister gehören der sozialdemokratischen Partei an.

Die U.S.P. und die „große Lohnbewegung“.

Die aller Orten im Gange befindliche Lohnbewegungen der Arbeiter, Angehellen und Beamten haben auch die sozialdemokratischen Führer beider Richtungen auf die Beine gebracht. Die U.S.P.-Führer sind gezwungen, gegen das von ihren eigenen Freunden mit vorgelagter Steuerprogramm der Regierung schon Zustimmung zu nehmen und eine, wenn auch nur scheinbare Erlaubnis der Sachverhalte zu verlangen. Die U.S.P.-Zeitung hat sogar ein Manifest „an das arbeitende und hungernde Volk“ herausgegeben, in dem sie dem Steuerplan der Regierung den Kampf der Massen ankündigt, freilich ohne sich eine der vielen Einwirkungen zum Kompromiß zu verpflichten. Der „Vorwärts“ beurteilt denn auch den U.S.P.-Ausgang mit der SPD. herabsetzt und den U.S.P.-Führern, die innerlich bereits längst wieder von ihrer Koalitionsgemeinschaft abgegangen sind, zu bedenken gibt, daß die janusförmigen Beschauer des Volkes sich ja „rechts von der Koalition“ befinden, während „die Arbeiterschaft in ihr verweilt“ sei.

Die die Führung der U.S.P. in Bayern zu dem Kampf der Massen gegen die Regierung führt, ergibt sich

noch viel klarer aus dem heutigen Leitartikel der „Freiheit“ über „Die große Lohnbewegung“. Darin wird gesagt, daß die U.S.P. die jetzt eingetretenen Lohnbewegungen als „dem Wirtschaftsleben natürlich nicht gerade förderlich, zu verhalten trachtet durch geschicklichen Lohnausgleich“. Aber leider, seufzt die „Freiheit“, Regierung und Reichstagsmehrheit haben es anders gewollt! An Hand vieler Beispiele weist die „Freiheit“ nach, daß die Unternehmer zum geschicklichen Lohnausgleich nicht bereit sind, sondern ihre ganze Macht mitsamt der des Staates gegen die um Lohnerrhöhung kämpfenden Arbeiter wenden.

Was hat die „Freiheit“ angesichts dieser Tatsachen zu sagen?

1. Wir erwarten, daß die Regierung aus den Ereignissen lernt, und stellen uns hinter die „Frankfurter Zeitung“, die einen vernünftigen Ausgleich zwischen den einzelnen Verbänden der Arbeitnehmer und -geber fordert und — leider — die einzige beachtenswerte Stimme in der bürgerlichen Presse ist, die sich an die Unternehmer wendet und von ihnen ein anständiges Benehmen (!) fordert.

2. Da aber einmal die Lohnbewegungen schon im Gange sind, ist die „energische und disziplinierte Durchführung“ das einzige Mittel, um den durch die Reichstagsbeschlüsse und die wilde Preispolitik der Agrarier angerichteten Schaden einigermaßen gut zu machen“. Unter energischer und disziplinierter Durchführung versteht die „Freiheit“, daß die Führung der Bewegungen in den Händen der verantwortlichen Organe der Gewerkschaften bleibt und daß die Bewegungen nicht etwa „künstlich zusammengeklappt“ werden, wie es kommunistische Sendlinge, die in der Gewerkschaftsbewegung umherpfuschen, wünschen“. Auch dürfen sie nicht in andere, d. h. politische Bahnen gelenkt werden.

Also: Die unabhängigen Führer sind vollkommen einverstanden mit der Gewerkschaftsbürokratie, die die Kämpfe der Arbeiter systematisch verrät. Sie widersehen sich von vornherein jeder Zusammenfassung und politischer Ausnutzung der Kämpfe. Denn auch sie sind letzten Endes bereit, die Lebensmöglichkeiten der Arbeiterklasse der Lebensmöglichkeit des kapitalistischen Staates zu opfern. Im selben Augenblick noch, da die Leuzungswelle über die Arbeiter hereinflutet, halten sie den „wirtschaftlichen Ausgleich“ für möglich. Damit haben sie sich faktisch mit den Scheidemannern zur Preisgabe der Arbeiterinteressen vereinigt.

Die Sozialdemokraten Braunschweigs gegen ihre Vertreter in Regierung und Reichstag.

Braunschweig, 25. August.
In einer öffentlichen Versammlung der Sozialdemokratischen Partei, die sich mit der Lebensmittelversorgung und mit der politischen Lage beschäftigte, forderte der mehrheitssozialistische Ernährungsminister zu einer Einheitsfront des

gesamten Proletariats im bevorstehenden wirtschaftlichen Kampfe auf. In einer Entschliessung wurde die Schuld für die Lebensmittelversorgung den Reichstagsparteien zugeschoben und die Steuerpläne der Reichsregierung als unannehmbar bezeichnet. Falls die Reichsregierung an ihrem Steuerprogramm festhält, wird — wie die Resolution besagt — der Austritt der sozialistischen Reichsminister und die Auflösung des Reichstags erwartet.

Für die Vorschläge der Regierung sind die Sozialdemokraten, die an ihr beteiligt sind, selbstverständlich voll verantwortlich. Aus dem Bericht ist nicht eindeutig zu erkennen, ob die Resolution die Annahme der indirekten Steuern und Zölle offenläßt, falls die Regierung die Besteuerung vergrößert — die Bedingung, die der „Vorwärts“ für die Annahme der indirekten Steuern und Zölle gestellt hat. Vielleicht ist es den Verfassern der Resolution gelungen, sie unklar zu gestalten. Was die sozialdemokratischen Arbeiter damit ausdrücken wollen, ist: Die Verteuerung der notwendigen Lebensmittel durch Besteuerung und Zölle darf unter keiner Bedingung zugelassen werden. Die Lasten des Ultimatus müssen den Besitzenden aufgezwungen werden.

Sozialdemokratische Vorschläge gegen den Preiswucher in Bayern.

(M.) Augsburg, 27. August.
Die sozialdemokratische Stadtratsfraktion hat beim Stadtrat den Antrag eingereicht, es solle unverzüglich mit den Regierungen beraten werden, wie weitere Preissteigerungen hintanzuhalten seien. Gegen die zunehmende Fälschung und Verschlechterung der Lebensmittel sei durch eine strenge Kontrolle vorzugehen. Für die minderbemittelte Bevölkerung seien auf Kosten der Stadt Nahrungsmittel zu beschaffen und zu verbilligten Preisen abzugeben. Ferner wurde beantragt, mit den anderen größeren Städten in Verhandlungen zu treten zur Hintanhaltung eines gegenseitigen Ueberbietens auf dem Lebensmittelmarkt.

9 1/2 Milliarden kostet das Ententemilitär in Oberschlesien.

(M.) Opatowitz, 27. August.
Nach einer Meldung der P.M. betragen am 1. August die Kosten für die Unterhaltung der Besatzungsarmee in Oberschlesien 9 1/2 Milliarden, die nach dem Versailler Vertrage von demjenigen Staate zu tragen sind, dem das Ab-stimmungsgelände zugesprochen wird.

Marshall Foch und General Le Rond wurden nach einer Meldung des „Intransigent“ gestern vom Ministerpräsident Briand empfangen. Man bringt diesen Empfang mit der Abwendung der zwei französischen Brigaden nach Oberschlesien in Zusammenhang.

Sie können die Schandurteile nicht aufrechterhalten. Von 42 Zuchthausstrafen, die das Sondergericht Raumburg verhängt hat, hat der Reichspräsident 40 in Gefängnisstrafen umgewandelt und die Strafdauer auf die Hälfte oder ein Drittel herabgesetzt. Es scheint, daß die Schandurteile doch zu probocierend auf die Arbeiter wirken.

Arbeitermord in München.

Der Kampf gegen das Kahrregiment beginnt.

München, 26. August.
Die sozialistischen Betriebsräte und Gewerkschaften in München haben für heute abend große Feuerungs-demonstrationen angekündigt. Der Vorsitzende des Zentralrats der Betriebsräte kündigte gestern in einer Versammlung an, daß die heutige Demonstration die wichtigste werden sollte, die München je gesehen habe. Sie richtete sich gegen die Regierung des Ausnahmezustandes Kahr-Pöckner und gegen das Presse- und Versammlungsverbot. Die Betriebe würden geschlossen in großem Zuge zur Demonstration anmarschieren und nach der Versammlung würden die Massen sich zu einem mächtigen Demonstrationsszuge zusammenschließen und in die Stadt marschieren. Die Arbeiter würden in dieser Nacht nicht einzeln nach Hause gehen, sondern in großen Zügen. Jeder Arbeiter habe mit Frau und Kindern an dem Zuge teilzunehmen, Kinderliche sollten zu Hause bleiben, denn nur flüchtende Arbeiter könnten gebraucht werden.
Die christlichen Arbeiter haben inzwischen eine Kundgebung erlassen, in der sie es ablehnen, an den Demonstrationen teilzunehmen.

Der Polizeipräsident hat schon in aller Frühe Bekanntmachungen an allen Straßenecken aufheben lassen, die mitteilen, daß die Demonstration heute abend zum politischen Unfug ausgebrochen werden soll. Der Polizeipräsident erklärt, daß er alle Straßeneckengebäude, die verstreut sind, im Entschuldigungs-falle vollständig niederreißen werde. Der Anschlag schließt: Wer sich vor Schäden bewahren will, werde die Straßen!

München, 26. August.
Beim heutigen Umzug der Gewerkschaften aus Anlaß der Feuerungs-demonstration kam es zu blutigen Zusammenstößen zwischen der Polizei und der Arbeiterschaft. Der Umzug der Arbeiter löst sich in dieser Stunde noch nicht auflösen. Nach den letzten Nachrichten ist bis jetzt ein Todesopfer zu beklagen, außerdem wurden zwei Demonstranten schwer verwundet.

Die aus Grajewitz zurückgezogene Truppe sind mit klingendem Spiel (!) in München einmarschiert und beschließen vor dem Ministerpräsidenten u. Kahr. Die Versammlungen der sozialdemokratischen Parteien, in denen bekannte Arbeiterführer der Sozialdemokratie sprachen und die Regierung Kahr heftig angriffen, waren schon gegen 8 Uhr zu Ende, worauf die Massen dann abmarschierten. In den Demonstrationsszügen wurde lebhaft für ein Ministerium Auer Stimmung gemacht und Widertraße gegen Kahr laut.

Die Münchener Arbeiterschaft ist in so gewaltigem Anmarsch wie noch nie dem konterrevolutionären Kahr-Bochumerregiment entgegengetreten. Ursprünglich als eine Feuerungs-demonstration geplant, wuchs sich die Kundgebung, an der ca. 50000 Teilnehmer teilnahmen, zu einer Kampfanzeige der Arbeiterklasse an, die immer frecher werdende Konterrevolution, deren Zentrum München ist, an. Die bayrischen Arbeiter haben durchgehend, daß der Scheinmord, den die Regierung Kahr in den letzten Wochen gegen den Getreidewerker führte, nur ein Ab-lenkungsmanöver war, das das politische Rückgrat der schamlosen Anstößung durch die Agrarier, der sie aus-

gesetzt sind, eben dasselbe reaktionäre Regime ist, das die Arbeiter seit 1 1/2 Jahren durch Belagerungs- und Schandurteile politisch inebelt und ganz offen die Vorbereitungen zur Wiederherstellung der Monarchie, d. h. zur Ausschaltung der letzten Errungenschaften der Novemberrevolution betreibt.

Darum erhoben die Münchener Arbeiter nicht nur die Forderungen:

Weg mit dem verbrecherischen Preiswucher!
Weltmarktlohne für die Arbeiterschaft!
Durchführung der 10 Punkte des A.D.G.B.!

Sondern gleichzeitig auch die Forderungen:

Weg mit dem Ausnahmezustand!
Rückert mit der Regierung Kahr!

In den Versammlungen wurde eine Entschliessung angenommen, in der gesagt wird, daß dem Bucher der Großbauern ein Ende gemacht werden muß, sollen die kleinen Rentner, die Kriegshinterbliebenen etc. nicht dem Hungerode verfallen, in der dem Verlangen der Landwirtschaft nach Weltmarktpreisen die Forderung nach Weltmarktlohn einengesezt wird, der Regierung Kahr das schärfste Mißtrauen ausgesprochen und gelobt wird, nicht eher zu ruhen und zu ruhen, bis die gerechten Forderungen der Arbeiterschaft erfüllt sind.

Die Kahr-Regierung hat jogleich die scheinsoziale Maske abgeworfen und ihr brutales arbeitserfeindliches Gesicht gezeigt. Sie hat Reichswehrtruppen nach München einmarschieren und Arbeiterblut fließen lassen. Natürlich sollen die in ihrem Blute liegenden Arbeiter von „einem Zivillisten“ getroffen sein. Kein Mensch glaubt mehr an diese pöbereotypische amische Lage. Die Kahr-Regierung gefiebt damit einzig, daß sie keine Rechtfertigung für den Arbeitermord findet.

Der Kampf gegen das Kahrregiment, den die Regierung Wirth nur mit papierernen Entwarnungsnoten zu führen wagte, ist von der bayrischen Arbeiterschaft, zu der sich weite Schichten des durch den Preiswucher und die Frechheit der monarchistischen Nordbuben empörten Kleinbauern- und Kleinbürgeriums gesellen, eingeleitet. Mag auch die „Münchener Post“, das Organ der SPD, die riesigen Kundgebungen der Arbeiterschaft zu einem Hilfsmittel parlamentarischer Aktionen umzuwidmen suchen. „Durch ruhige Kundgebungen“, so schreibt sie, „will die leidende Arbeiterschaft das Augenmerk der Gesetzgeber auf sich lenken“. Die Arbeiter haben an hundert Beispielen erlebt, daß parlamentarische Aktionen an den realen Machtverhältnissen scheitern und sind in ihrer Gesinnung gewillt, in den außerparlamentarischen Kampf einzutreten.

Die Konterrevolution rüftet zum Angriff. Die Ermordung Erzbergers, der neue Arbeitermord in München sind Signale. Aber auch der revolutionäre Wille der Arbeiterklasse steigt. Im ganzen Reich steht sie in Lohnkämpfen, jagt sie die monarchistischen Generäle davon. Die gesamte deutsche Arbeiterklasse muß den bayrischen Arbeitern im Kampf gegen Kahr beistehen. Damit macht sie den Weg frei für die Sicherung der eigenen Existenz.

Der Parteitag der KPD in Jena.

Diskussion über das Steuerprogramm.
Vierter Verhandlungstag. Donnerstag, d. 25. August.
Vormittagsführung.

Von der Kommunistischen Partei Österreichs ist an den Parteitag der KPD in Jena folgendes Begrüßungsschreiben eingelaufen:

Verte Genossen! Die Kommunistische Partei Österreichs ist infolge einer Reihe von Entfällen und Umständen, die einem großen Teil Ihrer Zentrale ja sehr gut bekannt sind, zu ihrem größten Bedauern nicht in der Lage, zu Ihrem diesjährigen Parteitag einen eigenen Vertreter zu entsenden und muß sich daher damit begnügen, auf diesem Wege ihren Wünschen Ausdruck zu verleihen, daß seine Arbeiten fruchtbringend und erfolgreich sein werden, nicht nur für die KPD, sondern auch für die gesamte kommunistische Internationale.

Wir stehen inmitten angespanntester Organisationsarbeit, gemäß den Beschlüssen unseres Reichsparteivorstandes, der Ihrem Zentralausschuß entspricht, und am 14. und 15. Juni vielseitige und wertvolle Arbeit geleistet hat, unsere Partei auf eigene Füße zu stellen, und hoffen, daß auch Ihr von den Ergebnissen der Tagung befriedigt sein werdet.

In diesem Sinne verbleiben wir
mit kommunistischem Gruß
Kommunistische Partei Österreichs.
(Sektion der Kommunistischen Internationale.)

Nach dem Referat des Genossen Stöcker, das wir schon in unserer gestrigen Beilage abgedruckt haben, tritt der Parteitag in die Diskussion über die nächsten Aufgaben der Partei ein. Als erster Diskussionsredner erhält das Wort:

Genosse Beder - Hamburg:

Der Genosse Stöcker hat schon in seinem Referat angeführt, daß über das vorliegende Steuerprogramm der Zentrale Meinungsverschiedenheiten in der Vertretung des Parteitages vorhanden sind. Der Parteitag muß sich recht eingehend mit diesem Programm beschäftigen.

Das Steuerprogramm ist uns als ein ganz in sich abgeschlossenes Produkt vorgelegt worden, ohne Zusammenhang mit den wirklich schon vorhandenen Kämpfen des Proletariats gegen die Steuern.

Auch die Rede des Genossen Stöcker hat sich nicht in genügendem Maße damit beschäftigt, was wir als kommunistische Partei in dieser Situation taktisch zu tun haben, und das zu erfüllen, was in den Thesen über die Taktik gesagt worden ist, nämlich, daß die kommunistische Partei die Aufgabe hat, die Kämpfe der Arbeitermassen gegen die Not, um die Verbesserung ihrer Lebenslage zu verbreitern, zu vertiefen und zu steigern, bis zum Endziel. Welche Taktik wir dabei einzuschlagen haben, darüber sagt weder das Steuerprogramm etwas, noch hat der Genosse Stöcker etwas Konkretes darüber ausgeführt.

Was ist der Kern des Problems, das hier vor uns liegt. Der Kern, soweit Genosse Stöcker die wirtschaftliche Lage in Deutschland geschildert hat, liegt weniger darin, daß wir auf neue in allerbestem Maße schilbern, daß der Kapitalismus dem Zusammenbruch entgegengeht. Viel wichtiger ist, daß man heraushebt, welche Konsequenzen sich daraus ergeben für die Lage des Proletariats.

Von dem, was Genosse Stöcker hier wirtschaftstheoretisch angeführt hat, ist der wichtigste Gedanke, daß er sagt, daß ein anderer Ausweg nicht mehr möglich ist, als ein allgemeines Sinken der Lebenshaltung der großen Massen. Das ist die wichtigste Tatsache, die er belegt mit den Zahlen, die er anführt in bezug auf die Belastung der großen Massen mit Reparationsleistungen usw. Wenn wir das hier theoretisch festgestellt sehen und sehen uns an, welche Haltung demgegenüber der Kerntrupp der Bourgeoisie, nämlich das Industrieunternehmertum einnimmt, so stellen wir ebenfalls fest, daß es wichtig ist, daß die industriellen Verbände in ihrer letzten Grundhaltung sagten, daß sie eine Steuerbelastung auf Kosten der Lebenshaltung der Arbeiterschaft nicht mehr verantworten können.

Wenn wir die Einstellung des Genossen Stöcker vergleichen mit der des Kongresses, so können wir feststellen, daß in dieser Einstellung alles das liegt, was die Thesen des 3. Kongresses als falsch, als gefährlich für die Arbeiterklasse ausdrücklich zurückgewiesen haben.

Ich möchte gegenüber der Auffassung des Genossen Stöcker daß der Parteitag das Steuerprogramm annehmen soll, und dies dann einer Kommission zur weiteren Formulierung überwiesen werden soll, vorschlagen, daß als Vorschlag der Zentrale gedachte Steuerprogramm der Redaktionskommission zu überweisen, ohne sich grundsätzlich darauf festzulegen.

F a n n a d - Bremen:

Wenn wir uns die Kämpfe im Reich betrachten, müssen wir feststellen, daß es der Zentrale an Aktivität mangelt. Seit der früheren Kritik an der Passivität hat sich nichts wesentliches geändert. Die Aufgaben der Partei beschränken sich nicht darauf, daß die Zentrale jede Woche einen Aufruf schreibt. Wir haben in Bremen gewaltige Kämpfe und hoffen, daß die Zentrale erklären wird, was sie praktisch zur Förderung dieser Kämpfe getan hat. Es ist Aufgabe einer revolutionären Partei, sich hinter diese Kämpfe zu stellen, um sie zu erweitern. Wir sind, weil die Zentrale das verneint hat, selbstständig vorgegangen. Die Partei muß hier die praktische Politik des „Offenen Briefes“ wieder aufnehmen. So haben wir uns an die Massen gewandt und werden die Gewerkschaften und die anderen Parteien vor die Frage stellen, ob sie den Abwehrkampf gegen die Verelendung der Arbeiter führen wollen. Auch in der Frage der Hilfsaktion für Sowjetrußland hat die Partei und die Zentrale ihre Aufgabe nicht erfüllt.

F e l i g S c h m i d t - Hamburg:

Der Steuerentwurf der Zentrale ist nicht geeignet, der Partei als Richtlinie für ihre Tätigkeit zu dienen. Seine Vorschläge sind mit den politischen Kämpfen nicht lebendig verbunden und stellen eine Vermischung mit sozialdemokratischen Vorschlägen dar. Es wird von der Linie abgewichen, daß wir kein Interesse an der Erhaltung des Kapitalismus und des Staates haben. Der staatskapitalistische Vorschlag im Entwurf erinnert an die Haltung der lokalen Opposition der Spartakuszentrale zur Zeit des Kapp-Putsch. Wir können uns

von der SPD. und der USPD. nicht dadurch zu unterscheiden suchen, daß wir anstatt einer 30-prozentigen, eine 51-prozentige Erfassung des Goldwertes fordern. Wir unterscheiden uns vielmehr dadurch, daß wir wissen, jede wirkliche Heranziehung des Besten setzt einen Kampf um die Kontrolle der Produktion durch die Arbeiter voraus. Der Steuerentwurf, der Illusionen bei den Arbeitern erwecken muß, muß wesentlich verändert werden. Es sieht aus, als würden wir aus lauter Angst, die Fühlung mit den Massen zu verlieren, nunmehr Rückschritte machen.

R o h r - Hannover:

Genosse Stöcker hat schon auf Grund verschiedener Statistiken klar bewiesen, daß die Verelendung des Proletariats mit Riesenschritten vorwärts schreitet, und daß an eine Stabilisierung des Kapitalismus in Deutschland nicht im entferntesten gedacht werden kann. Aus diesem Erkenntnis müssen wir unsere Schritte ziehen. Es ist hier nicht bräut worden die Hauptfrage, wo wir unsere Stoßkraft anzuwenden haben. Wir müssen unsere größte Stoßkraft der Gewerkschaftsbürokratie gegenüber anwenden.

M a r a Z e l l i n :

Es ist nicht meine Absicht, auf Einzelheiten des vorgelegten Entwurfes einzugehen. Ich wende mich vielmehr gegen ihn in seiner Gesamtheit, da er meines Dafürhaltens zu opportunistisch ist. Den Befehlzug erblicke ich darin, daß durch die ganze Einstellung des Entwurfes bestimmte Illusionen genährt werden. (Zuruf: Sehr richtig!) Der Grund dafür scheint mir in zwei organischen Fehlern des Entwurfes zu liegen, die miteinander in engerem Zusammenhange stehen. Der erste Fehler ist der, daß man die Arbeiter, Angestellten und Beamten vorwiegend nur als Verbraucher betrachtet bei der Steuerfrage und nicht als Erzeuger. Ich halte es für eine gefährliche Illusion, die Auffassung in die Massen zu tragen, als ob dem Steuerdruck durch Lohnausbesserung begegnet werden könnte. Genau so wie die Steuern, die der Bestzähler zahlen soll, abgewälzt werden auf die schaffenden Massen, genau so hält sich auch der kapitalistische Staat als Unternehmer an denjenigen schädlos, denen er gezwungen wird, höhere Gehälter und Löhne zu zahlen, solange eben Staat und Unternehmer die wirtschaftliche und politische Macht in Händen haben. Und damit komme ich auf den anderen organischen Fehler des Entwurfes. Der Entwurf hat die ganze Frage zu sehr aus dem politischen Zusammenhang gerissen. (Zuruf: Sehr richtig!) Er betrachtet den Kampf gegen den Steuerdruck, für Lohnerhöhung viel zu sehr außerhalb des geschichtlichen Zusammenhanges der Stunde. Der Staatskapitalismus, in dessen Richtung hier so viele Maßregeln gefordert werden, ist an und für sich keine proletarische Forderung. Staatskapitalismus bedeutet Staatsklaverei, solange das Proletariat die Macht nicht in Händen hat. Das müssen wir festhalten. So, wie der Entwurf ist, sind die Forderungen: Kontrolle durch Arbeiter und Angestellte, äußerlich aufgemachte Forderungen. Sie vertragen sich nicht in dem Zusammenwirken mit den Staatsorganen. Hier würden wir auf die Sozialisierungsansätze der Hilferdinge kommen.

Deshalb beantrage ich, daß der Entwurf einer Kommission zur gründlichen Umänderung überwiesen wird, und daß dabei gerade die politische Seite stark in den Vordergrund geschoben wird. Diese Resolution, die der Parteitag annimmt, soll die Fahne sein, die dem Massenkampf dräusen vorangetragen wird. (Sehhafter Beifall.)

E r n a S a l b e - Hamburg:

Stöcker hat zu allgemein von den Lohnkämpfen gesprochen. Er hätte auch konkret darstellen müssen, wie er sich das Anknüpfen an den täglichen Kämpfen vorstellt. Unsere Presse ist vielfach absolut nicht auf der Höhe. Das Zentralorgan der Partei versteht es nicht, wie es notwendig wäre, seine Sprache so zu halten, wie es für den täglichen Kampf notwendig ist. Unsere Genossen müssen sich auch bemühen, der Arbeit unter den Frauen mehr Interesse und Kraft zu schenken.

U e b a h n s - Hamburg:

Wir müssen die Ergebnisse des Kongresses in Verbindung mit unseren konkreten Aufgaben bringen. Wenn wir bei den täglichen Kämpfen der Arbeiter anknüpfen wollen, dann müssen wir unser Hauptaugenmerk den Lohnkämpfen schenken. Wir müssen uns auch um solche Schichten kümmern, deren wirtschaftliche Lage eine elende ist, die aber noch nicht genug Kraft aufbringen, in Lohnkämpfen einzutreten. Wir haben gute Erfolge mit dieser Taktik bei den Lohnkämpfen der Werftarbeiter gemacht. Wir müssen immer unsere Kräfte abwägen und unsere Aktionen sorgfältig führen. Auch den Landarbeitern muß mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Die drei Bezirke der Wasserfante haben sich zusammengeschlossen zur einheitlichen Leitung der Kämpfe im ganzen Wirtschaftsbezirk. Teilkämpfe in Massenaktionen zusammenzuschließen, diesen Massenaktionen die Führung unserer Partei zu geben, das wird die Aufgabe unserer Partei in der nächsten Zeit sein. (Beifall.)

B ä t t c h e r - Berlin:

Es wurde von hier aus als das eigentlich neue Ergebnis des Weltkongresses gepriesen der Ruf: Hinein in die Massen! Ich war nie Mitglied einer Sekte und kann wirklich an dieser Feststellung absolut nichts neues sehen. Das Wirken unter den Massen und in den Gewerkschaften hat uns immer nicht nur subjektiv, sondern objektiv mit den breitesten Massen in Verbindung gebracht. Eine Bemerkung über unsere Partei, Genossen! Die Vereinigte kommunistische Partei Deutschlands ist eine Partei ohne Tradition. Eine hiesige rechtssozialistische Zeitung bemerkt verwundert auf dem Parteitag seien diese jugendliche Elemente vorhanden und wenig graue Köpfe. (Zuruf: Sehr richtig!) Wir können aber diese Feststellung sogar noch weiter hinausgehen, ohne daß wir der kommunistischen Partei damit eine Schmach oder eine Schande antun, wenn wir sagen, wir haben nicht nur wenig graue Köpfe, sondern es stimmt, daß bei uns der intellektuelle Führerhaushalt, der sonst in der allgemeinen Sprache als „Köpfe“ angeredet wird, fehlt. Die Masse der alten Führer ist übergegangen ein anderer Teil ist davongelaufen und was übrig geblieben ist, das hat die weiße Fahne gemeinhalt und gemorbt. Nicht zuletzt tragen

die Sozialdemokraten die bittere geschichtliche Verantwortung dafür. Es ist notwendig, daß wir uns immer wieder auf jene Grundzüge, die Rosa Luxemburg schon vor Jahren formulierte, stützen:

Die Taktik des politischen Kampfes müssen wir so einrichten, daß in jeder Phase und in jedem Moment des Kampfes die ganze Summe der vorhandenen Macht des Proletariats realisiert wird.

Vor allem müssen wir Klarheit schaffen, in der Führung der Kämpfe, die uns bevorstehen. Ich muß mich eigentlich über die Genossin Mara Zellin etwas wundern, die jetzt zur Opposition auf der Linken übergegangen ist. Sie hat hier auf dem Forum des Parteitages die großen, schönen Worte gebraucht von der Expropriation der Expropriateure, von der Kontrolle der Produktion und von der Diktatur des Proletariats, ohne aber im einzelnen gerade diese springenden Punkte zu konkretisieren. Wir müssen anknüpfen an die konkreten Bedürfnisse der Massen. (Zuruf: „rote Fahne“). Genossen, es ist hier vielfach die „rote Fahne“ angegriffen worden und viel mit Recht angegriffen worden. Aber wenn die Parteilmitglieder Forderungen an die „rote Fahne“ stellen, dann hat die „rote Fahne“ umgekehrt unzählige Forderungen an die Partei zu stellen. Die Mitarbeit aus den Massen, dieser lebendige Reflex aus den Mitgliederkreisen fehlt bisher. In diesem Zusammenhange eine Wort über die Pressekampagne. Es hat sich immer wieder festgestellt lassen, daß der Presse der Atem ausgegangen ist, noch ehe in den Organisationen, in den Betrieben, in den Massen die Kampagne praktisch lebendig war. Wir leiden noch an dem Fehler, daß wir zu sprunghaft oft Positionen leuzzeichnen, die noch nicht vorhanden sind. Die Presse muß sich bewußt sein, daß sie nur der lebendige Ausdruck sein darf für den tatsächlichen realen Boden, auf dem sie eigentlich wächst. Sonst kommen wir zu Situationen, wie sie leider in der „roten Fahne“ bestanden in der Märzaktion.

R o e n e n - Berlin:

Wenn wir über unsere kommenden Aufgaben sprechen wollen, müssen wir uns die Situation vor Augen halten: steigende Lohnkämpfe, die Sicherheit des Anwachsens der Teuerung, die steigende Steuerbelastung. Bedingung für die kommenden Kämpfe ist, daß es uns jetzt gelingt, die Führung der Massen zu gewinnen. Dazu dient auch unser Steuerprogramm. Wenn die Genossin Zellin in ihrer Kritik der Steuerforderungen der KPD billige Bemerkungen über Expropriation der Expropriateure usw. macht, so erreicht sie damit weiter nichts als Beifall. Die Genossin Zellin hat selbst in einer früheren Situation Minimalforderungen aufgestellt, obgleich damals die Zeit für Forderungen und Teilsforderungen weniger geeignet war als heute.

Koenen tritt dann aus den Thesen des Dritten Weltkongresses:

„Die kommunistischen Parteien stellen für diese Kämpfe kein Minimalprogramm auf, das auf dem Boden des Kapitalismus seinen wankenden Bau stärken und verbessern soll... An Stelle des Minimalprogramms der Reformisten und Zentristen setzt die kommunistische Internationale den Kampf um konkrete Bedürfnisse des Proletariats, um ein System von Forderungen“, die in ihrer Gesamtheit die Macht der Bourgeoisie zerschlagen, das Proletariat organisieren, Stappen im Kampfe um die proletarische Diktatur bilden sollen und deren jede dem Bedürfnis der breitesten Massen den Ausdruck verleiht, auch wenn diese Massen noch nicht bewußt auf dem Boden der proletarischen Diktatur stehen.“

Das Steuerprogramm der KPD erscheint erst dann im richtigen Lichte, wenn man die sich daraus ergebenden Steigerungen der Löhne betrachtet. Nur unter dem Gesichtspunkte der Eroberung der Macht durch das Proletariat sind unsere Steuerforderungen richtig. 10 oder 20 Prozent Beschlagnahme der Goldwerte heißt Abwälzung der Steuern auf den Konsum und wird so zu einem Mittel der Preissteigerung wie die Umsatzsteuer. Nur durch die Verbindung der Kontrolle der Produktion durch die Arbeiterschaft selbst mit der Erfassung von mehr als der Hälfte des Kapitals ist dem Unternehmertum dieser Ausweg genommen.

M e y e r - Berlin:

Wenn auch in der heutigen Debatte die wirtschaftlichen Fragen im Mittelpunkt des Interesses stehen, so dürfen wir auf keinen Fall vergessen, daß sich der Staat einen gewaltigen Unterdrückungsapparat gegen das Proletariat geschaffen hat. Ich will nicht von Bayern, nicht vom Belagerungsstand in Döpreußen, nicht von der Orgel reden, sondern nur sagen, wenn die SPD. und USPD. sich gegen diese Zustände gewandt haben, so verlangen wir, daß sie die Massen für einen hiergegen gerichteten Kampf mobilisieren. Solange sie dies nicht tun, müssen wir ihnen sagen: Alle eure Proteste hiergegen sind nicht ernst gemeint. Wir selbst müssen deshalb die Massen auf diese Kämpfe vorbereiten.

Zur richtigen Beurteilung unseres Steuerprogramms ist notwendig, daß wir uns darüber klar sind, daß es

für uns keinen Widerspruch gibt zwischen parlamentarischer und außerparlamentarischer Arbeit.

Der Grundgedanke des Steuerprogramms ist, daß wir die Erweiterung der Machtposition des Proletariats, die Erfassung des Besten verlangen und zwar so, daß das Proletariat sich die Kontrolle der Produktion erobert. Unsere Forderung ist nicht, wie von verschiedenen Genossen gemeint wird, die Förderung des Staatskapitalismus, sondern die Förderung der Machterweiterung des Proletariats. Wir können uns nicht darauf beschränken, lediglich einen Abwehrkampf des Proletariats gegen Preissteigerung usw. zu organisieren, sondern müssen die Arbeiterschaft zur Eroberung neuer Machtpositionen führen.

Genosse R o s e n b e r g - Berlin:

Ich habe ein sehr einfaches Barometer, um festzustellen, ob das Steuerprogramm etwas taugt. Ich frage sie hier anwesenden Genossen, die in den Großbetrieben arbeiten, ob jemand es für möglich hält, daß die Arbeiterschaft in einen Streit für die Forderung der Erfassung von 51 Prozent der kapitalistischen Werte eintritt. Dieses Steuerprogramm ist nicht geeignet, die Massen zu sammeln. Der Beschlag des Steuerprogramms muß befristet werden. Trotz aller anderen Darstellungen sind die darin aufgestellten Forderungen doch die

Forderungen des Staatskapitalismus. Wenn wir glauben, diese Lehre aus dem Verlauf der russischen Revolution gezogen zu haben, so müssen wir uns fragen, ob die Uebergangsstufe des Staatskapitalismus ebenfalls in den industriell hochentwickelten westeuropäischen Ländern notwendig ist. Sie ist nicht notwendig, da die Verhältnisse hier wesentlich anders liegen als in Rußland.

Genossin Gertha Sturm - Berlin:

Wir müssen uns auch noch mit einer Frage befassen, in der große Uneinigkeit in der Partei vorhanden ist, die Frage der Doppelexistenz. Vor allen Dingen ist notwendig, daß unsere Genossen wissen, wie sie sich bei Entlassungen wegen Betriebsbeschränkung zu verhalten haben. In der Praxis steht es so aus, daß die Arbeitervertreter mit den Unternehmern an einem Tisch sitzen, um auszuforschen, wer entlassen werden soll. Wir müssen uns auf jeden Fall gegen jede Betriebsbeschränkung wenden und im Gegenteil für Erweiterung der Produktion kämpfen. Die schlimmsten Folgen der Entlassung der „Doppelexistenz“ durch die Arbeitervertreter sind aber die, daß ein Keil in die Arbeiterschaft selbst getrieben wird. Die Erbitterung der davon Betroffenen richtet sich nicht gegen das Unternehmertum, sondern gegen die Arbeiter im Betrieb. In Wirklichkeit existieren die „Doppelexistenz“ überhaupt nicht, sondern die verheirateten Frauen sind nur durch die Not zur Arbeit im Betrieb gezwungen. Wir müssen uns darüber klar sein, daß die Ausdehnung der Frauenarbeit ein gesellschaftlicher Fortschritt ist. In Rußland haben wir gesehen, wie notwendig die geistige Umstellung der Arbeiterschaft auf die Erkennung der Notwendigkeit der Frauenarbeit ist. Daß heute die Frauenarbeit eine doppelte Sklaverei für die Frauen bedeutet, ist eine Begleiterscheinung des Kapitalismus, die durch die Entlassung, die das Proletariat, wenn es die Herrschaft erlangt hat, der Frau im Haushalt geben wird, ihre Beseitigung findet. Wir müssen mit aller Entschiedenheit dafür eintreten, daß es den Frauen möglich ist, ohne Schädigung ihrer Gesundheit und des proletarischen Nachwuchses zur Berufsarbeit zu kommen. Dieser Kampf muß schon heute gegen das Kapital geführt werden.

Nach der Verlesung von zwei weiteren Begrüßungsschreiben an den Kongreß wird in die Mittagspause eingetreten.

Resolution über die Lage Sowjetrußlands und die Hilfsaktion.

Angenommen auf dem Parteitag der KPD. in Jena.
Der Parteitag der KPD. sendet seine heißen brüderlichen Grüße den kämpfenden und leidenden russischen Arbeitern und Bauern. Seitdem das russische Proletariat durch die herrliche Tat der Oktober-Revolution die erste Bresche in den Mauern des Weltimperialismus geschlagen hat und unter Führung der KPD. an den Ausbau und die Festigung der proletarischen Herrschaft gegangen ist, ist Sowjetrußland als der leidende revolutionäre Kern des Weltproletariats geworden.
Der Parteitag schließt sich einstimmig dem Votum des 3. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale an, der nach eingehenden Debatten die Politik der KPD. in der Stellung zum Konterrat, zu den Konzessionen und zur Frage des Staatskapitalismus gebilligt hat.

Nach jahrelangem, siegreichen Widerstand gegen die konterrevolutionären Invasionen des Entente-Imperialismus ist Sowjetrußland aufs neue durch die furchtbare Naturkatastrophe dieses Sommers bedroht.

Wieder glaubt der ausländische Imperialismus im Bunde mit der russischen Gegenrevolution seine Stunde gekommen. Der Parteitag der KPD. wendet sich an das ganze deutsche Proletariat mit der Aufforderung, durch brüderliche Solidarität mit den hungernden russischen Arbeitern und Bauern diese Pläne zu verhindern.

Die Unterstützung der russischen Brüder ist für das deutsche Proletariat nicht eine Pflicht allgemeiner Menschlichkeit, sie ist ein Akt in dem Kampf der deutschen Arbeiterklasse um ihre eigene Befreiung.

Der Parteitag macht es allen Parteigenossen zur Pflicht, namentlich alle Kräfte anzuspannen, damit durch eine wirkliche Hilfe des Proletariats die Not der hungernden Arbeiter und Bauern gelindert und jeder Versuch eines Kampfes gegen Sowjetrußland verhindert wird.

Der Parteitag brandmarkt das Verhalten der Gewerkschaften und sozialdemokratischen Parteien, die bisher durch ihre zentralen Leitungen eine gemeinsame Aktion des gesamten Proletariats systematisch verhindert haben, und die die Hilfsaktion der deutschen Arbeiterklasse in eine Inkarnation zur Wiederherstellung des bürgerlich-demokratischen Regimes, d. h. in Abwehr der Herrschaft der russischen Zauder und Kapitalisten verwickeln wollen. Der Parteitag fordert die Genossen auf, überall diesen Versuch entgegenzutreten und die gesamte Arbeiterklasse zur aktiven Unterstützung Sowjetrußlands aufzurufen.

Es lebe das Sowjetrußland der Arbeiter und Bauern, es lebe die internationale Solidarität des Proletariats!

Uns der Partei. Die Zusammenfassung des Fortschritts.

Vom ersten Verbandstag ist noch nachzutragen der Bericht des Reichstages der Reichstagsparlamentarier.
Nach dem Delegiertenkongreß, der auf der Grundlage vorgenommen wurde, daß für 1900 abgerechnet Mitglieder ein Zustieg von 10 Prozent für Arbeitslose vorgenommen wurde, ergibt sich eine Anzahl von 274 Delegierten. Es ist dabei zu beachten, daß die Mitgliederzahl der Partei eine viel

Der Kampf gegen die Verelendung.

Als die Arbeiter in den ersten Wochen nach dem Umsturz am 9. November 1918 überall in den Streik traten, und mehr Lohn forderten, schrieben die rechtssozialistischen und unabhängigen Führer von Legien bis Emil Barth: „Ihr macht die Revolution zu einer Lohnbewegung“.

Diese Strategien konnten nicht begreifen, daß es für die Arbeiter verdammt gleichgültig war, ob an Stelle eines Hohenzollern ein Fritz Ebert sitzt, wenn dabei die Ausbeutungsformen die gleichen bleiben. In Wirklichkeit war der Kampf der Arbeiter um bessere Lohn- und Existenzbedingungen schon damals weit revolutionärer als der Personenwechsel und die Namensänderung an der Spitze des kapitalistischen Staates.

Heute ist die Geschichte umgekehrt. Während im November 1918 die Revolution in aller Eile und Wunde war, die Lohnbewegungen dagegen als etwas ganz Nebensächliches betrachtet wurden, kämpfen heute die Arbeiter um einige Pfennige Lohnerhöhung, um die färgliche Fristung ihrer Existenz. Der revolutionäre Charakter bei den Kämpfen ist scheinbar ganz in den Hintergrund getreten.

Doch nur oberflächliche Beobachter können so urteilen. In Wirklichkeit entspringen die Kämpfe von damals und heute ein und derselben Ursache.

Es besteht heute keine Möglichkeit mehr zu einem friedlichen Nebeneinanderleben der beiden Klassen.

Eine menschenwürdige Existenz der Arbeiterschaft ist nur möglich durch den Sturz des Kapitalismus. Andererseits kann sich das Unternehmertum als Klasse nur behaupten, wenn es das Lebensniveau der Arbeiterschaft noch weit mehr als bisher herabdrückt. Unter diesem Gesichtspunkt sind die ganzen Kämpfe der letzten Jahre zu betrachten. Und wenn heute über ganz Deutschland eine Streikwelle in bisher unerhörter Ausdehnung flutet, dann ist es einmal dem Umstand zuzuschreiben, daß es den Agrariern auch in der Ebertrepublik genau so, wie in wilhelminischen Zeiten, möglich ist, sich auf Kosten des Proletariats maßlos zu bereichern. Es wäre aber falsch, die ganze Lohnbewegung nur auf die Annahme der erhöhten Getreidepreise zurückzuführen zu wollen, wie es jetzt Unabhängige und Rechtssozialdemokraten und ein Teil der bürgerlichen Demokraten tun. Die allgemeine Forderung hat ihre Ursache nicht allein in der Getreidepreiserhöhung, sondern in der Geldentwertung, in der Androhung von neuen riesigen Steuern, in den Auswirkungen des Londoner Ultimatum, kurzum in den Verfallserscheinungen der ganzen kapitalistischen Welt.

Wenn heute das Kapital alle Folgen dieser Verfallserscheinungen auf das Proletariat abzuwälzen versucht und in diesem Bestreben vollkommen einseitig und geschloffen vorgeht, dann muß jedem Arbeiter einleuchten, daß er den Ausbeuterplänen nur begegnen kann durch einen einseitig geführten Kampf. Statt dessen leben wir aber, daß die Gewerkschaftsbürokratie mit Unterstützung der sozialdemokratischen Presse beider Schattierungen ganz schematisch den Kampf in Einzelbewegungen zerstückelt. Dieses Bestreben entspringt der bekannsten Furcht der Amsterdamer vor großen Kämpfen.

Die Arbeiter, die im harten Kampfe um das tägliche Brot streifen, werden sich nicht irre machen lassen durch Gerede und Versprechungen solcher „Führer“ von der US. und M.Z. Sie werden von unten, aus sich heraus, die mutigsten geschlossenen Kampffronten schaffen, die die kapitalistischen Untertel zum Teufel jagen kann und wird mühsam ihren Lakaien aus dem Lager der Menschweihen. Und sie werden die besten auf die ausgiebigsten Vereinbarungen dieser Führer, die die Massen der Verklügten um ein Pfennig dem Kapitalismus als Beute auszuliefern bereit sind.

Die Klarheit und unzweideutige Antwort nach dieser Richtung hin haben am Donnerstag die Arbeiter in der Berliner Metallindustrie gegeben, indem sie

mit großer Mehrheit den zwischen dem Metallarbeiter und dem VBRZ vereinbarten Tarif abgelehnt haben, weil er ihnen so gut wie gar keinen Vorteil brachte, sie aber bis zum 1. November binden sollte, sich an irgendeinem Kampf zu beteiligen.

Und ebenso die Berliner Eisenbahner, die in zwei Riesenversammlungen am Donnerstag abend folgende Entschlüsse einstimmig faßten:

Die am 25. August 1921 versammelten Mitglieder des VBRZ nahmen Kenntnis von dem Angebot der Regierung und weisen dieses mit Entrüstung zurück. Sie erwarten von der Regierung, daß sie noch in letzter Stunde mehr Verständnis für die Forderungen der Eisenbahner zeigt und fordert reifliche Erfüllung derselben. Sie können unmöglich annehmen, daß die Forderung der Eisenbahner und Beamten den zuständigen Regierungsstellen unbekannt ist. Sie fordern deshalb den Hauptvorstand auf, sich für die reifliche Erfüllung der aufgestellten Forderungen einzusetzen. Um ein unnützes Verzögern oder bewußtes In-die-Länge-ziehen der Verhandlungen zu vermeiden, ist der Regierung ein kurzfristiges Ultimatum zu stellen. Falls die Forderungen bis 1. September nicht verwirklicht sind, ist mit dem Streik zu antworten.

In allen Teilen des Reiches finden sich die Massen zur geschlossenen Kampffront zusammen. Immer neue Arbeiterschichten treten in den Kampf um des Lebens Notdurft ein. Die Streikflut wächst unaufhörlich. An neuen Meldungen liegen vor:

Stettin. Die Straßenbahner stehen seit Freitag früh im Streik. Grund dafür ist eine schon seit dem 1. April schwebende Lohnbewegung. Trotz einer Fahrpreiserhöhung im April hat es die Direktion abgelehnt, einer Erhöhung der Löhne zuzustimmen. Bei nochmaligen Verhandlungen erklärte sich die Direktion mit dem Spruch des Schlichtungsausschusses, der den Straßenbahner für August und September eine Lohnerhöhung von 40 Pfg. pro Stunde zusprach, unter der Bedingung einverstanden, daß eine erhebliche Fahrpreiserhöhung eintrete und der Dienst um 10 Minuten verlängert würde, was eine Ueberforderung des Nachmittages bedeutet. Die Straßenbahner haben den ihnen aufgezwungenen Kampf aufgenommen. Die Direktion versteht es, Kontrolleure als Streikbrecher gegen die Streikenden auszuspielen, so daß einige Wagen verkehren. Wir rufen unseren Genossen und Genossinnen zu: Boykottiert die Straßenbahn! Es lebe die Solidarität der Arbeiterschaft!

Weimar. Generalkongreß. Eine Riesenversammlung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Weimars nahm gestern im Volkshaus Stellung zu dem Ergebnis der Verhandlungen einer Sechserkommission in bezug auf die Feuerungszulage. Die Versammlung beschloß ohne Debatte mit 1200 gegen 240 Stimmen, bei etwa 20 Enthaltungen, den Generalkongreß zu erklären. Näherer Bericht folgt.

In Groß-Duisburg haben sämtliche jüdischen Gas-, Wasser- und Elektrizitäts-, sowie Fuhrpart-, Wegereinigungs-, Stadtheater- und Schlachthof-Arbeiter, heute Donnerstag, den 25. August, 11 Uhr, die Arbeit niedergelegt.

Grund bzw. Forderung: Besatzungszulage für Verheiratete 150 Mark monatlich, jedes Kind 25 Mark monatlich und Leidge 120 Mark.

Die Notstandsarbeiten, betr. die Krankenhäuser werden fortgesetzt.

Danzig, 26. August. Die Danziger Gasarbeiter beschlossen heute, den bestehenden Lohnvertrag zum 1. September zu kündigen und mit Rücksicht auf die dauernd anschwellende Feuerung im Freistaate eine 75 prozentige Lohnerhöhung zu fordern. Der Senat hat den Beamten und Angestellten im Freistaat Gehalts- und Lohnaufbesserungen von 30 Prozent bewilligt, ohne die Erhöhung im deutschen Reich abzuwarten.

Solingen, 26. August. Die Solinger Industriearbeiter haben den Unternehmern jetzt bestimmte Forderungen überreicht und beantragt, die heute bestehenden Feuerungszulagen für die Heimindustrie, sowie für die Fabrikarbeiter ab 1. September um 300 Prozent zu erhöhen. Die technischen Angehörigen beantragen eine Erhöhung der Feuerungszulage um 80 Prozent ab 1. August. — Die kaufmännischen Angehörigen, die außerdem den Tarifvertrag mit der Industrie vom 30. September kündigen, fordern eine Erhöhung der Feuerungszulage und der Grundgehälter.

Für die russische Arbeiterklasse!

Auf dem Parteitage in Jena sind von den Delegierten insgesamt 5212 M. gesammelt und der Arbeiterhilfe für Sowjetrußland überwiesen worden.

Internationales Meeting in Jena.

Jena, 25. August.

Gestern abend nach Schluß des Parteitages um 7 Uhr fand im Großen Saale des Volkshauses ein Internationales Meeting statt. In großen Massen strömten die Arbeiter Jenas herbei, um die Ausführungen ihrer Brüder aus den anderen Ländern entgegenzunehmen. Der Genosse H e c k e r t hielt das einleitende Referat. Nach ihm sprach der Vertreter der bulgarischen Kommunistischen Partei und des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, Genosse K o l a r o w. Seine in französischer Sprache gehaltenen Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen. Die Genossin B r a u n t h a l übertrug die Rede Kolarows. Darauf sprachen noch Vertreter der russischen Kommunistischen Partei, der tschechoslowakischen Kommunistischen Partei, der dänischen, holländischen, luxemburgischen, schweizerischen und australischen Kommunistischen Partei. Nach den Reden der ausländischen Genossen wurde der Film vom Moskauer Kongreß vorgeführt. Mit großem Beifall begrüßten die Arbeiter Jenas die auf dem Film erscheinenden Führer der Weltrevolution. Nach der Vorführung des Films stimmten die versammelten Massen dem Gehalt der Internationale an. Erbeudet wurde das Lied zu Ende gesungen und noch auf der Straße ließen die Arbeiter ihre Kampflieder durch Jena schallen.

Die Versammlung war ein Beweis dafür, daß die Kommunistische Partei das Vertrauen der Arbeiter Jenas nicht verloren hat, wie es so viele Verräter am Proletariat behaupten. Sie zeigt, daß trotz des Lamtums, den die Monarchisten am Sonntag veranlaßt hatten, die Arbeiterschaft das Selbstbewußt, wenn sie nur will.

höhere ist, daß aber infolge des in manchen Gebieten herrschenden Belagerungszustandes, infolge der technischen Verhältnisse in mehreren Bezirken nicht abgetrennt werden konnte.

Es haben Deputierte:

Berlin-Brandenburg	Delegierte 26
Danzig	1 (2 berechtigt)
Konstanz	2 (4 berechtigt)
Südwestfalen	2
Danzig	2
Schlesien	3 (4 berechtigt)
Oberhessen	3
Franken	3 (4 berechtigt)
Brandenburg	3
Westfalen	11 (16 berechtigt)
Süd-Preußen	3 (9 berechtigt)
Brandenburg-Anhalt	2
Thüringen	3 (2 berechtigt)
Niederrhein	2
Niedersachsen	2 (4 berechtigt)
Bayern	2
Westfalen	2
Deutsches Reich	2 (1 berechtigt, 1 Delegierter v. landwirtschaftl. Bezirk mit Vorbehalt anerkannt, wenn er ein männl. Delegierter ist)
Rheinland-Preußen	20 (30 berechtigt)
Mittelfranken	6
Hessen-Nassau	1
Hessen-Grandfurt	2 (11 berechtigt)
Bayern	2 (3 berechtigt)
Baden	5 (6 berechtigt)
Württemberg	10
Sachsen	6 (1 Delegierter wird wegen der besonderen Verhältnisse zugerechnet) (hier wird aus gleichen Gründen 1 Delegierter zugerechnet)
Sachsen	2

Nach dem am Parteitag 24 antwortenden Delegierten nehmen am Parteitag noch teil: 13 Mitglieder der Zentrale, 19 Zentralausführungsausschüsse, 3 Mitglieder der Revisionskommission, 4 des Vorstandes der Reichsorganisation, Antistatler 2, Jansen 2, Oberbesitzverwalter 4, Abteilungsleiter 6, Bezirksreferenten 2, ausländische Vertreter 12, Kongreßdelegierte der DDB 1, tschechoslowakische 12, Parteizeitungsbereiter 12, Referenten 1 (Gertha Sturm).

Die Kommunisten und die Beamten.

Die Kommunisten stehen dem sozialen Kampf der Beamten durchaus sympathisch gegenüber und werden alles tun, um sie zu unterstützen.

Es gibt auch für die Beamten nur eine Lösung des sozialen Konfliktes, und das ist: gemeinsamer Kampf mit dem revolutionären Proletariat zur Beseitigung des Kapitalismus, der die Quelle alles Übels ist.

Unsere Genossen im Stadtparlament haben stets die gerechten Forderungen der Beamten unterstützt. Sie haben aber auch gekämpft gegen die konterrevolutionäre Beamtenwirtschaft.

Der Afa-Bund

will den Kampf ebenfalls aufnehmen.

Der Allgemeine freie Angestelltenbund (Afa-Bund) nahm zu dem Aufruf des Bundesauschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) vom 18. August d. J. Stellung, in dem auf die vorhandene allgemeine Verteuerung aller Lebens- und Bedarfsartikel und die Steuerpläne der Regierung hingewiesen wird.

Die Angestellten sind ebenso von der Verteuerung bedroht, wie die Arbeiter. In zahlreichen Kundgebungen haben die Angestellten ihrem Willen, in die proletarische Einheitsfront einzutreten zu wollen, Ausdruck verliehen.

Union und rote Gewerkschafts-Internationale.

Um in den Kreisen unserer Genossen, soweit sie in der Union organisiert sind, herrschenden Zweifel gegenüberzutreten, die darin bestehen, daß von verschiedenen Seiten behauptet wird, daß auch, wenn die Union die Parole: „Heraus aus den Gewerkschaften“ nicht aufgibt, sie trotzdem Mitglieder der Roten Gewerkschafts-Internationale bleiben können und zweitens, daß von der A.G.S. in Moskau behauptet würde, die Union müßte sofort aufgelöst werden.

Nach Vernehmen der Deklarationen der Union-Vertreter über ihr Verhalten den Beschlüssen des Kongresses gegenüber beschließt das Vollzugsbüro:

- 1. Laut Beschluß des 1. Internationalen Kongresses der revolutionären Gewerkschaften können nur diejenigen Organisationen Mitglieder der Roten Gewerkschafts-Internationale sein, die sich den Beschlüssen des Kongresses fügen.
2. Die Delegierten der Freien Arbeiter-Union Seltensichten, der A.M.U. und des Schiffahrtsbundes waren so frei, im Namen ihrer Mitglieder zu erklären, daß sie sich den Beschlüssen des Kongresses nicht unterordnen.
3. Die Arbeiter dieser Unionen, die mit der A.G.S. stark verbunden sind, haben ihren Vertretern keine Befugnis gegeben, sich den Beschlüssen des Kongresses nicht zu fügen, und der Z.A. betrachtet diese Erklärung ausschließlich als unverantwortliche Meinung der sich in Moskau befindlichen Delegierten.
4. Der Z.A. stellt den Unionen anheim, innerhalb 2 Monaten eine Konferenz auf Grundlage direkter Vertretung der Organisationsmitglieder einzuberufen, und fordert, daß diese Konferenz sich deutlich und bestimmt dafür ausspricht, mit wem die revolutionären Arbeiter dieser Organisationen gehen, mit der A.G.S. oder mit den Führern, die sie der revolutionären A.G.S. entziehen wollen.
5. Daß die Erklärung der Vertreter der Unionen bezüglich der künstlichen Majorisierung auf dem Kongress ansteht, so widerlegt der Z.A. aufs entscheidendste die verkehrte Behauptung.

Danach steht fest, wenn die Freie Arbeiter-Union sich den Beschlüssen des Kongresses nicht fügen kann, sie nicht länger Mitglied der Roten Gewerkschafts-Internationale sein kann. Von einer Auflösung der Union ist in Moskau zu keiner Zeit irgendwelche Rede gewesen. Dies zur Information für unsere Genossen.

Die Eisenbahner verraten!

Am 25. August haben die Verhandlungen der Reichsregierung mit den Vertretern der Spitzenorganisationen der Beamten, Angestellten und Arbeiter zu einer „Einigung“ geführt. Wie sieht diese aus:

Für die Arbeiter:

Der DGB. forderte für die Arbeiter eine Erhöhung des Stundenlohnes um 1,50 M.

Nach der Vereinbarung soll der Stundenlohn der Arbeiter erhöht werden um 1,00 M.

Der DGB. forderte für die Arbeiter der Ortsklassen B bis E eine Ausgleichszulage von 10 bis 40 Pf. pro Stunde.

Diese Forderung wurde von der Regierung scharf abgelehnt und die Vertreter der Arbeiterorganisationen gaben dazu ihre Zustimmung. Die Arbeiter erhalten keine Fennig Ausgleichszulage.

Der DGB. forderte eine Erhöhung der Kinderzulage um 150 Prozent. Das wäre umgerechnet pro Tag eine Zulage von 2,40 M. und pro Stunde von 30 Pf. für jedes Kind unter 14 Jahren.

Auch diese Forderung wurde von der Regierung brutal abgelehnt. Trotzdem gaben die Vertreter des DGB. und des ADGB. ihre Zustimmung zu der Vereinbarung. Die Arbeiter erhalten keine Erhöhung ihrer Kinderzulage.

Ein Arbeiter der Ortsklasse E mit einem Kind, der nach den Forderungen des DGB. einen Zuschlag zum Stundenlohn von 2,20 Mark erhalten hätte (Zuschlag zum Stundenlohn 1,50 Mark, Ausgleichszulage 0,40 Mark und Kinderzulage 0,30 Mark), erhält nach dem Abkommen nur einen Zuschlag zum Stundenlohn von 1 M.

Für die Beamten:

Der Deutsche Beamtenbund (bzw. der DGB.) hatten gefordert für die Beamten eine einheitliche Erhöhung des Steuerleistungszuschlags um 5000,- Mark (DGB. 3600,- M.) jährlich.

Nach dem Einigungsergebnis bekommen die Beamten eine Erhöhung des Steuerleistungszuschlags

für die Orte der Ortsklasse A auf 93 v. H.

für die Orte der Ortsklasse B auf 91 v. H.

für die Orte der Ortsklasse C auf 89 v. H.

für die Orte der Ortsklasse D auf 87 v. H.

für die Orte der Ortsklasse E auf 85 v. H.

Beispiel:

Ein Beamter der Besoldungsgruppe 3 der Ortsklasse A bekam bisher einen Steuerleistungszuschlag von 70 Prozent, gleich 6930 Mark. Er soll nach der Vereinbarung eine Steuerleistungszulage von 93 Prozent, gleich 9207 Mark bekommen, also Erhöhung der Steuerleistungszulage um 2277 Mark pro Jahr, somit nicht die Hälfte des Geforderten.

Ein höherer Beamter der Besoldungsgruppe 13, Ortsklasse A, bekam bisher einen Steuerleistungszuschlag von 70 Prozent, gleich 18 900,- Mark.

Nach der Vereinbarung soll er bekommen 93 Prozent, gleich 25 110,- Mark. Seine Zulage erhöht sich um 6210,- Mark. Die höheren Beamten bekommen somit bedeutend mehr als die aufgestellten Forderungen vorsehen.

Die Diätäre sollen nach dem Kompromiß den planmäßigen Beamten der ersten Besoldungsstufe ihrer Eingangsgruppe gleichgestellt werden. Im höchsten Falle wäre dies eine Erhöhung ihres Einkommens um 3000,- Mark anstatt der geforderten 5000,- Mark (Nach dem Beamtenbund).

Der Beamtenbund forderte Beseitigung der Staffellung der Kinderzuschläge und ihre allgemeine Erhöhung auf 200 Prozent.

Nach dem Kompromißvorschlag soll die Staffellung nicht beseitigt werden, sondern die Kinderzulage nur in den Orten der Ortsklasse A auf 200 v. H. in den Orten der Ortsklasse B und C auf 175 v. H. in den Orten der Ortsklasse D und E auf 150 v. H. festgesetzt.

Die angeführten Beispiele beweisen, daß die Regierung wieder mit Erfolg versucht hat, den hohen Beamten mehr zu geben als gefordert wurde, um die unteren und mittleren Beamten umso mehr zu benachteiligen. Ueber eine Erhöhung des Einkommens der Arbeiterinnen, der Arbeiter vom 18. bis 21. Lebensjahr, für jugendliche Arbeiter und Lehrlinge, ist noch nichts vereinbart. (!)

Die Forderung der Organisationen auf Bezahlung der neuen Steuerleistungszulage für alle Arbeiter und Beamten rückwirkend ab 1. Juli d. J. wurde von der Regierung abgelehnt. Dieselben sollen erst vom 1. August an nachgezahlt werden.

Das Ergebnis dieser Einigung ist so ungenügend, daß weder Arbeiter noch Beamte ihre Zustimmung geben könnten. Die aufgestellten Forderungen waren Mindestforderungen. Die Vertreter des DGB. hatten aus Furcht, daß die Großkapitalisten zu sehr zur Steuerleistung herangezogen werden müßten, es gar nicht gewagt, das Existenzminimum für die Arbeiter von der Regierung zu verlangen. Der Bezirksleiter Knebel vom DGB. jagte in einer Eisenbahnerversammlung am 25. August folgendes:

Bei der Aufstellung der Forderungen waren sich die Organisationsvertreter klar, daß selbst bei reiflicher Bewilligung für die unteren Beamten und Arbeiter das Existenzminimum noch nicht erreicht würde.

Wenn nun gesagt wird, daß die Regierung einen Keil zwischen Arbeiter und Beamte treiben wollte, dadurch, daß sie den letzteren bedeutend mehr Zugeständnisse machte, so war es die verdamnte Pflicht der Vertreter des DGB. und des ADGB., dieses Manöver dadurch zu vereiteln, daß sie an ihren Forderungen unter allen Umständen festhielten. Im gemeinsamen Kampf können Arbeiter und Beamte sämtliche Forderungen aller Kategorien durchsetzen. Nach der Vereinbarung sollen nun die Arbeiter nichts erhalten als 1 Mark Zulage pro Stunde. Auch mit dieser Zulage werden sie in der nächsten Zeit, wenn die Lebensmittelpreise weiter gestiegen sein werden, noch mehr hungern müssen als vorher. Das schändliche, verräterische Verhalten der Führer des DGB., der „freiwilligen Regierungskommissare“, kann nicht schamlos gebrandmarkt werden. Auf keinen Fall darf den Arbeitern dieses faule Kompromiß aufgezwungen werden, sie müssen es ablehnen und zum Mittel des Streiks greifen.

Auch die Beamten stehen vor einer Schicksalsfrage. Wollen sie die Arbeiter ihren Existenzkampf allein kämpfen lassen, nachdem der Gedanke des einigen Vorgehens der Beamten und Arbeiter mit so großer Begeisterung von allen begrüßt worden ist? Auch die Beamten haben nicht entfernt ihre Forderungen bewilligt bekommen. Wenn sie das, was sie unbedingt zum Leben nötig haben, erzielen wollen, so bleibt ihnen nur die Möglichkeit, mit den Arbeitern zusammen sofort den Kampf aufzunehmen. Die Steuerleistung wird sprunghaft steigen, der kapitalistische Staat wird stets versuchen, die Lebenshaltung der Beamten und Arbeiter niederzudrücken, jetzt und in Zukunft ist die Einigkeit aller Proletarier für sie eine Lebensfrage.

Arbeiter und Beamte, kämpft zusammen!

Kündigung des Angestelltenarbeitsvertrages für die Groß-Berliner Metallindustrie.

In einer am 25. August im „Deutschen Hof“ stattgefundenen Versammlung der Funktionäre des Afa-Bundes der Metallindustrie wurde über die Kündigung des Metalltarifes beraten. Der Referent, Kollege Schilora vom Afa-Ortsrat, gab eine Schilderung der gegenwärtigen Steuerungsverhältnisse. Er unterzucht, ob der bestehende Gehaltsstarif den augenblicklichen Lebensunterhaltungskosten entspreche. Er schilderte die Notlage der Angestellten und legte alle gegen und für eine Kündigung des Gehaltsstarifes sprechenden Gründe dar. Die Metalltarif-Kommission des Afa-Bundes hat in eingehenden Beratungen sich mit der Frage der Kündigung beschäftigt und hatte diese Funktionärversammlung einberufen, um die Funktionäre die letzte Entscheidung treffen zu lassen.

Die in den einzelnen Organisationen vorgenommenen Aussprachen über die Frage der Kündigung hatten gezeigt, daß der überwiegende Teil der Afa-Mitglieder der Metallindustrie die Kündigung des Tarifes verlangte. Auch in der Funktionär-Versammlung kam einmütig zum Ausdruck, daß die Kündigung unter allen Umständen erfolgen müsse, wollten die Angestellten nicht völlig dem Elend verfallen. Folgende Entschlieung wurde einstimmig angenommen:

Die am 25. August im Deutschen Hof versammelten Funktionäre des Afa-Bundes der Berliner Metall-Industrie beauftragen ihre Organisationen, die Kündigung der Gehaltsätze am 31. d. M. auszusprechen.

Nachdem der fortschreitenden Verteuerung aller Lebens- und Bedarfsartikel verlangen sie eine ausreichende Entlohnung der Angestellten.

Die Afa-Funktionäre schließen sich den Gehaltsvorschlügen der Metalltarif-Kommission an und beauftragen die Organisationen, sich mit allem Nachdruck für diese beschiedenen Forderungen einzusetzen.

Alle Versammelten sind sich bewußt, daß unter dem heutigen Wirtschaftssystem eine wirkliche Verbesserung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Lage nicht zu erreichen ist und geloben, neben dem Kampf um ihre nackte Lebenseristenz ihre ganze Kraft einzusetzen, damit das jetzige Wirtschaftssystem schnellstens in die Gemein- und Bedarfswirtschaft überführt wird.

Damit stehen die Angestellten der Groß-Berliner Metallindustrie in einer Lohnbewegung.

Die maßlose Profitgier des Ausbeutertums läßt den Angestellten keinen anderen Weg frei, als um die Erhaltung ihrer Existenz zu kämpfen.

Die halleischen Versicherungsangestellten kampfbereit

In einer starkbesuchten Versammlung nahmen die halleischen Versicherungsangestellten zu dem Ergebnis der zentralen Verhandlungen mit ihrem Arbeitgeberverband Stellung. Das Angebot von 5 Prozent Gehaltssteigerung wurde einmütig abgelehnt. In der angenommenen Resolution heißt es:

„Die Angestellten nehmen von dem Angebot des Arbeitgeberverbandes mit größter Entrüstung Kenntnis. Sie betrachten dieses Angebot als eine Verteuerung ihrer schweren wirtschaftlichen Lage und verlangen, daß die Organisationen alles daransetzen, um eine den Verhältnissen entsprechende Bezahlung durchzusetzen. Wenn der Arbeitgeberverband seine herausfordernde Stellung nicht schnellstens aufgibt, sind sie entschlossen, ihn mit allen zu Gebote stehenden Mitteln dazu zu zwingen.“

Es kommen etwa 3000 bis 4000 Versicherungsangestellte in Frage.

Eine stürmische Beamtenversammlung in Hamburg.

(H.) Hamburg, 25. August. Im Gewerkschaftshaus fand gestern abend eine vom Beamtenbund, Bezirk Groß-Hamburg, einberufene Versammlung statt, in der zu dem gegenwärtig hinsichtlich der Beamtengehälter gepflogenen Verhandlungen in Berlin Stellung genommen wurde. Die Versammlung gestaltete sich von Beginn an ziemlich unruhig und wurde mit Eintritt in die Diskussionsphase stürmisch. Der Hauptredner des Abends, Geheimrat Falkenberg-Berlin erklärte, es gehe um Sein oder Nichtsein des Beamtenstandes.

Er meinte, die Beamtenschaft dürfe sich nicht als eine gesonderte Klasse betrachten, sondern müsse sich als Arbeitnehmer fühlen und gewillt sein, den Kampf bis zum äußersten zu führen.

Der Regierung müßte Nargemacht werden, daß, falls sie nicht nachgibt, die Stunde der Vergeltung nahe ist. Es ist jetzt eine Minute vor Zwölf.

Breslauer Nachrichten.

„Zugeländnisse“ des Lohnamtes und der Direktion von Linke-Hofmann.

Die Verbändeleitungen, die an dem Streit und an der Aussperrung beteiligt sind, wollen mit allen Mitteln die Arbeiter davon überzeugen, wie nötig die Arbeitsaufnahme ist, im Interesse eines „gerechten“ Zusammenarbeitens mit den Unternehmern. Die Gewerkschaften könnten unter keinen Umständen den Streit anerkennen, weil sie ja Tarifverträge haben, und der Tarif ist ja doch eine gebilligte Einrichtung, da selbst auf die Gefahr, daß die Arbeiter dabei zugrunde gehen, der Tarif nicht gebrochen werden darf.

In einer langen Zuschrift an die „Volksmacht“ sehen die Gewerkschaftsbürokraten den Arbeitern auseinander, besonders den Lohnarbeitern, daß nach den Fügen, um die das Lohnamt die Zulageerhöhung erhob, und nach den Zugeländnissen, die die Direktion der Linke-Hofmann-Werke den Lohnarbeitern gemacht haben, ihre Schmerzen gebessert seien.

Wie sieht zunächst die Erhöhung der Zulage aus? Auf Grund der Lebensmittelpreise in der Zeit vom 15. Juli bis 15. August wird ab 1. September folgende Erhöhung vorgeschlagen:

ledige Arbeiter von 18—21 Jahren	50	h	pro Stunde
ledige Arbeiter über 21 Jahre	60	h	„
verheiratete Arbeiter ohne Kinder	60	h	„
verheiratete Arbeiter mit 1—2 Kindern	75	h	„
verheiratete Arbeiter mit mehr als zwei Kindern	85	h	„
ledige männliche Arbeiter von 16—18 Jahre und weibliche Arbeiter über 18 Jahre	40	h	„
ledige männliche Arbeiter von 14—16 Jahren und weibl. Arbeiter bis zu 18 Jahren	30	h	„
weibliche Arbeiter mit eigenem Hausstand, von 18—21 Jahre	45	h	„
weibliche Arbeiter mit eigenem Hausstand über 21 Jahre	50	h	„
Lehrlinge	30	h	„

Die Linke-Hofmann-Werke sind bereit, auch die Hilfsarbeiter zum Teil im Afford zu beschäftigen. Der dadurch erzielte Mehrerdienst soll dann gleichmäßig an alle Hilfsarbeiter verteilt werden. Die Höhe des so zu erzielenden Verdienstes wird zunächst auf 20 Mark pro Woche festgesetzt, was eine weitere Zulage von rund 40 Pfennigen pro Stunde bedeutet, also beispielsweise für einen über 21 Jahre alten ledigen Arbeiter 1 Mark pro Stunde, für einen verheirateten ohne Kinder 1 Mark, für einen verheirateten mit 1—2 Kindern 1,15 Mark, für einen verheirateten mit mehr als 2 Kindern 1,25 Mark ausmacht.

Der Artikelsschreiber stellt fest, daß die Hilfsarbeiter schon vor dem Kriege die schlechtesten Arbeiter waren. Nach dem Kriege sei die Spanne bei den Grundlöhnen außerordentlich gering, die große Spanne sei erst durch die erhöhte Ausbeutung bei den Affordarbeitern gekommen. Entweder haben die Affordarbeiter unter steigender Forderung der Gewerkschaften mit unrichtigen, unbilligen Kämpfen an ihrem Körper gearbeitet, oder die Affordlöhne sind teilweise erhöht, ohne daß man aber an eine Erhöhung der Grundlöhne gedacht hat.

Eine der vornehmsten Aufgaben der Gewerkschaften ist die Befreiung der Affordarbeit. Die Breslauer Gewerkschaftsführer können aber nicht genug loben die Einsicht der Direktion bei Linke-Hofmann, die darin besteht, daß mehrere Arbeitergruppen in dieses verruchte System einbezogen werden. Zu den üblichen Anreizungsmitteln soll jetzt noch die gegenseitige Anreizung kommen. Je mehr Tonnen Lokomotiven und Waggon geliefert werden, um so mehr Pfennige wird auch der Lohn steigen.

Was bedeutet eine Lohnerrhöhung von stündlich einer Mark? Mit dieser Stundenmark ist noch nicht einmal der Ausgleich geschaffen für das verteuerte Brot und die Kartoffeln. An die Preiserrhöhung für andere Bedarfsgegenstände für Gemüse, Fett, Kleider, Schuhe, darf gar nicht gedacht werden. Die zukünftigen Steuern werden in einigen Wochen sich unheimlich bemerkbar machen.

Wir wissen, daß wirklich gehoffen werden kann nur durch Befreiung der kapitalistischen Gesellschaft.

Um aber im kapitalistischen Staate nicht zugrunde zu gehen, ist es notwendig, die Kämpfe zusammenzufassen. Man faßt aber Kämpfe nicht zusammen, indem man durch die Frechheit und Revoluzion der Unternehmer hervorgerufene Kämpfe abdrückt, sondern indem man den Kampf erweitert und so in größeren, aber um so kürzeren Anstrich die Existenzmöglichkeit des Proletariats wenigstens halbwegs sichert.

Herr Liebermann als Säulenrichter.

Herr Liebermann hat neben seiner Tätigkeit als Kommuniensprecher und als Schreiber von Verordnungen auch noch Zeit, Schützlers Schanzspiele zu lesen. Selbstverständlich muß ein richtiggebender Polizeipräsident an der Tatsache, daß in einem einzigen Theaterstück nicht weniger als neunmal unzählige Handlungen, außerordentlich geschickter Verleumdung dargelegt wird, Anstoß nehmen. Der wohlunterrichtete Zuschauer, der Bourgeois darf nur im stillen Kämmerlein derartig obzöne Handlungen vornehmen.

Wir haben den Schmerz der Pfaffen und Spießer erfahren, wenn die wahren Zustände der durch Kauf und Tradition zustande gekommenen Ehen an das große Licht der Bühnen gezogen wird.

Eine Berechtigung der Ausübung irgendwelcher Zensur sprechen wir auch bei Kunstwerken jeden polizeilichen Organen ab.

Aus der Provinz.

Erstaunliches aus dem Kreis Lauban.

Uns wird aus Lauban geschrieben: Viele Bauern und mittlere Bauern fahren zur Mühle, um ihr Getreide zu 10/50 Mark den Zentner abzuliefern. Dort werden diese Leute von den Müllern ausgeleitet und man hebt ihnen zu, daß das Getreide als freies zu verkaufen,

erhalten doch 155 Mark für den Zentner. Die Kleinen und mittleren Bauern zögern, aber man läßt nicht locker, bis sie ja gesagt haben. Sie zogen als ehrliche Leute aus und lehren als Betrüger heim. Aber sie sind die betrogenen Betrüger. Die Preissteigerung wird sicher im Herbst einlecken, und dann werden die Müllendiebster und Händler die Preise steigern, den Zentner Getreide nicht für 155 Mark, sondern sogar mit 200 Mark und mehr verkaufen. Dann haben die Kleinen das Nachsehen und die Großen haben den Gewinn. Erklärte doch ein großer Besitzer aus der nächsten Nähe Laubans: „Er lieiert überhaupt nichts ab, alles wird verschoben!“ Die Landarbeiter müssen darum mit den Kleinbauern und Industriearbeitern kämpfen, um die Kontrolle der Produktion auszuüben, und sich einsehen für direkten Austausch zwischen Stadt und Land unter Ausschaltung der Großhändler, Kapitalisten, Händler und Schieber.

Auf dem Gute Schadowalde, das der Hittmeister Egon v. Jastrow bewirtschaftet, herrschen liebliche Zustände. Dieser „Herr“ verfügt über zwei Güter, wovon das größere, etwa 2000 Morgen zählende verpachtet ist, das kleinere Gut Schadowalde zahlt 700 Morgen und wird von v. Jastrow verwaltet. Zu den 700 Morgen gehören 50 Morgen Wald, 300 Morgen Wiese (zu Ackerland nicht zu verwenden) und 850 Morgen sind unter Pflanz. Nun hat dieser „Herr“ ganze 11 bis 12 Morgen Roggen gebaut, ferner baute dieser Herr in diesem Jahre 21 Morgen Sauerbuden, 2 Morgen Mohn, 2 Morgen Tabak und einen Morgen Zuderrübenjamen an. Außerdem meist Kartoffeln und Futterrüben. Im nächsten Jahre wird er 1 1/2 Morgen Wiese zu Wald aufforsten. Diese Wiese war an mehrere Häuser verpachtet, und ist diesen mit angeführter Begründung gekündigt worden. Bemerkenswert ist noch, daß dieser Egon v. Jastrow über 2 Millionen Mark Vermögen besitzt.

Freiburg.

Als vor einigen Monaten im Gewerkschaftskartell ein neuer Vorsitzender gewählt wurde, da hatte man den Anspruch getan, daß man die Extremen von rechts und die von links ausmerzen mußte, um wieder zu nutzbringender Arbeit zu gelangen. Auch wurde in der „Schlesischen Bergwacht“ gesagt, daß man hoffentlich den richtigen Steuermann gefunden hätte, der das geschickte Schiff wieder flott machen wird. Nun wollen wir nur in wenigen Worten der Arbeiterchaft Freiburg zeigen, wie man die Extremen von rechts zu ihrem Recht gelangen läßt. Ursprünglich sollten sie ja ausgeschaltet werden. Vor einiger Zeit wurde ein Zusatzantrag eingebracht, der lautet, daß die Fraktionen aufgelöst werden sollen. Er wurde auch gegen wenige Stimmen angenommen. Es wurde ferner in einer Kartell Sitzung beantragt, gegen die Zerlegung etwas zu unternehmen. Es war unter anderem eine Protestkundgebung geplant, die inzwischen stattgefunden hat. Dabei sollte auch einmal ein Redner der KAPD sprechen über den Weg, den in dieser Frage die Kommunisten vorschlagen. Aber das Kartell hatte es verstanden, die „Extremen von links“ einfach auszuschalten. Es wurde gesagt, daß man ja die Beamten und Angestellten dabei habe und man dürfe diese nicht durch neue politische Kapballgerei vor den Kopf stoßen. Es hat sich aber herausgestellt, daß der Reichstagsabgeordnete Binzer eine ganz demagogische Wahlrede für die SPD gehalten hat, den Arbeitern keinen Weg heraus aus dem Glend gezeigt hat, sondern als Erlösung die Abgabe eines sozialdemokratischen Stimmzettels empfahl. Der Kartellvorstand benutzt seine von einer Minderheit des Kartells erhaltene Macht, um den sozialdemokratischen Wunderröhrer unbeschränkte Schimpffreiheit gegen die Kommunisten zu gestatten. Genossen und Genossinnen, reißt diesen Leuten, die unter angeblicher Unparteilichkeit gegen die elementarsten Interessen der Arbeiter Sturm laufen, die Maske vom Gesicht. Ruhet nicht eher, bevor auch die Kollegen der Opposition zu ihrem Recht kommen. Frisch aus Werk und an die Arbeit in den Gewerkschaften im Sinne des Klassenkampfes, gegen die Arbeitsgemeinschaft!

Wiederverkäufer.

Efficiere täglich greifbar große Bonen enorm billig: Legulwaren, Reichsbeleidung, Trilstagen, Strumpfwaren, reine Kammarstrümpfe. Großes Lager in Kurzwaren, Nähseiden, Garnen.

Beispiel: Obergarn 1000 m auf Holz nur 3,00 M., 200 m nur 2,10 M.

Eigene Schuhriemenfabrikation.

Großpreislipie gratis. Muster per Nachnahme.

L. Lehmann, Breslau, Poststraße 7.

2400 kg. Lederstück-Sohlen

aus einer Spezialwerkstatt billig abgegeben. Jetzt, demerhafte Herr. Kundenkreis für Lederhandlungen, Schuhmacher, Private

Für 12 Paar große Beschreibungen 32.— M.

Originalarbeiten reißt für ca. 300 Paar. Vorauszahlung nicht erforderlich, es zu diesem Restamerpreis nur Lieferungsbedingung, soweit anstrengend. Warenkammer und Anfallten werden besorgt.

Gute, reine Baumwoll-Schürzenatel preiswert. Musterbuch 1.— M.

Leder-Industrie Phoenix, Neuböln 11

Außland-Diener.

An die Ortsgruppen!

Es ist auch in diesen Tagen das Rundschreiben Nr. 1 der „Arbeiterhilfe für Sowjetrußland“ zugegangen. Wir bitten euch, die darin angeführten Punkte genau zu beachten und durchzuführen. Gesammelte Gelder und andere Produkte sind an St. Belle, Bucherei Breslau V, Gräßschenerstr. 45 zu senden. Nach dort sind alle Anfragen, auch Referenzen zum 3. und 4. September zu richten. Die Bezirksleitung.

Note Hilfe (Gau Ost).

Abrechnung für Monat Juli.

Kassenbestand vom 30. 6. 21	21 185,73 M.
Einnahmen vom Zentralkomitee im Juli	218 000,— „
Summa	242 185,73 M.
Kassenbestand am 31. 7. 21	6 351,32 M.

Die Ausgaben verteilen sich auf nachstehende Konten:

Familienunterstützung	43 221,— M.
Nothausunterstützung	84 049,50 „
Reiseunterstützung	13 606,50 „
Gefangene	1 040,— „
Justiz	69 782,26 „
Verwaltungskosten	725,— „
Bekleidung	13 452,75 „
Sonstiges	485,50 „
Verpflegung	7 471,90 „
Summa	235 834,41 M.

Die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung bestätigt die Revisionskommission der Berliner Organisation.
Otto Schulze. Senger. Karl Lemke.
Berlin, 9. August 1921.

Die Zahl der inhaftierten Genossen in den einzelnen Bezirken ist folgende:

Bez.	Wiesel	Verb.	Leb.	Rinder	Unterschied	Abgeurt.	M.M.	St.	Unge
1	72	67	5	70	30	42	34	25	13
2	37	34	3	66	12	25	31	3	3
4	17	15	2	25	4	13	15	2	—
6 u. 7	21	20	1	41	14	7	18	—	3
(Eslert)									
juli	147	136	11	202	60	87	98	30	19

Werte Genossen!

In den letzten Wochen war es uns kaum möglich, die für die Verpflegung notwendige Protration aufzubringen. Wir richten an die Bezirke und Ortsgruppen erneut die Bitte, uns Brotmarken zuzusenden.
Berlin, den 19. August 1921.
Mit komm. Gruß
Gaukomitee Ost der „Roten Hilfe“.

Gelder für die „Note Hilfe“ sind zu senden an: St. Belle, Breslau, Postfachkonto 38 599.

NS. Zum Schluß weisen wir noch darauf hin, daß von den Parteibeiräten und Gaukomitees intensiver für Arbeitsbeschaffung gesorgt werden muß, und uns sofort Mitteilung zu machen ist, wenn irgendwo Genossen in Arbeit gebracht werden können.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Janus, Berlin. Verlag Sozialistischer Verlag G. m. b. H. Breslau. Druck: Friedrichstadt-Druckerei G. m. b. H. Berlin SW 48.

Lebensmittelgroßhandlung Max Schönfelder

Breslau, Albrechtstraße 56.

Nachstehend greife ich nur einige Artikel aus der Fülle meines reichhaltigen Lagers heraus, die ich vermöge rechtzeitigen Einkaufes zu folgenden, immerhin noch zeitgemäß sehr billigen Preisen, solange der Vorrat reicht, abgebe:

- 1a. ameril. Schweineschmalz, beste Qualität, per Pfd. 14,50 M.
- 1a. hiden Delfin-MäucherSpeck, frisch aus dem Rauch, per Pfd. 15,00 M.
- Margarine, heute frisch eingetroffen, in Birjeln, per Pfd. 11,—, 12,—, und 13,— M.
- Knoschenloses Büchsenfleisch, die Dose, ca. 6 Pfd. 32,— M.
- Knoschenloses Büchsenfleisch, im Querschnitt per Pfd. 6,— M.
- Leberwurst in ganz hervorragender Qualität, per 1-Pfd.-Dose 7,— M., die 2-Pfd.-Dose 13,— M.
- Neues 1a. Weizenmehl, markenfremd, per Pfd. 3,80, 10 Pfd. 37,50 M.
- Korinthen, auffallend billig, per Pfd. 12,— M.
- Büchsenmilch, bekannte Marken, ungezudert, die Dose 6,75 M.
- Büchsenmilch, bekannte Marken, gezudert, die Dose 7,— M.
- Marmelade (Bierfrucht) hergestellt mit 50% reinem Zucker, per Pfd. 3,80 M.
- 1a. Apfelsinus per 2-Pfd.-Dose 5,50 M.

Gebirgs-Himbeerjast

hocharomat. mit 50% reiner Rappinade eingelocht, in 3/4-Lit.-Flaschen

bei 1 Fl.	3 Fl.	5 Fl.	10 Fl.
19,00 M.	18,50 M.	18,25 M.	18,00 M.

(Die neue Zuderbestimmung wird Fruchtsäfte auch ganz wesentlich verteuern. Die von mir angebotene Ware ist jahrelang haltbar, weshalb es sich empfiehlt, sich damit reichlich zu versorgen.)

Macaroni per Pfd. 2,50.

Kakaopulver 1a garantiert rein, erhalte ich Mitte nächster Woche wieder eine große Zufuhr, offeriere das Pfd. zu M. 18.— und nehme heute hierauf schon Bestellungen entgegen.

Richard's Lounier-Kalen kostet heute bei mir 22.— M. per Pfd. und halte mit diesem Preise immer noch 2.— M. per Pfd. unter dem vorgezeichneten Verkaufspreis.

Kaffee und Tee. Hier möchte ich nochmals zu schlüssigen, größeren Einkäufen dringen, da bei Inkrafttreten der Zollerhöhung für jeden Haushalt je 5 Kilogramm von der Nachverzollung frei bleiben. Ich stelle meine Lagerbestände zu unänderlichen Preisen wie folgt zur Verfügung:

Kaffee per Pfd. 17,—, 19,—, 21,—, 23,—, 24,—, 26,— und 28,— M.

Kaffee per Pfd. 20,—, 24,—, 26,—, 28,— und 32,— M.

Tee per Pfd. 26,—, 30,—, 32,— und 36,— M.

Bei Versand nach auswärts wird weder Post noch Bahnverpackung berechnet.

Verkauf und Versand nur Albrechtstraße 56.
Ich unterhalte keine Filialen.